

Wasserwerk der Stadt Rheinbach,
Rheinbach

Wirtschaftsjahr 2011

Bericht

über die Prüfung des
Jahresabschlusses und Lageberichtes zum
31. Dezember 2011

DR. DORNBACH & PARTNER GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft · Steuerberatungsgesellschaft
NIEDERLASSUNG BONN

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
A. Prüfungsauftrag	4
B. Grundsätzliche Feststellungen	6
Lage des Eigenbetriebes	6
Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung	6
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	8
D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	13
I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	13
1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011	13
3. Der Lagebericht	14
II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011	15
1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	15
2. Gesamtaussage	15
III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses	16
1. Vermögenslage	16
2. Kapitalflussrechnung	20
3. Ertragslage	21
4. Wirtschaftsplan	26
E. Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse	28
F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung	29

Anlagenverzeichnis

Bilanz zum 31. Dezember 2011	Anlage 1 / Seite 1
Gewinn- und Verlustrechnung für 2011	Anlage 1 / Seite 2
Anhang für das Wirtschaftsjahr 2011	Anlage 1 / Seite 3 - 11
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	Anlage 1 / Seite 12 - 13
Lagebericht 2011	Anlage 2
Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011	Anlage 3 / Seite 1 - 22
Rechtliche und steuerrechtliche Verhältnisse	Anlage 4 / Seite 1 - 4
Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2011	Anlage 5

Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2011

Anlage 6

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Anlage 7 /
Seite 1 - 15

Allgemeine Auftragsbedingungen

Anlage 8

A. Prüfungsauftrag

Die Betriebsleitung des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, erteilte uns mit Schreiben vom 30. Januar 2012 den Auftrag, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 des

Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach,

- im Folgenden auch Eigenbetrieb oder Wasserwerk genannt -

unter Einbeziehung der zugrunde liegenden Buchführung sowie den Lagebericht für 2011 zu prüfen.

Die Beauftragung erfolgte mit Zustimmung der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen vom 28. Dezember 2011.

Der Eigenbetrieb ist gemäß § 106 GO NRW prüfungspflichtig. Der Jahresabschluss ist entsprechend § 21 EigVO NRW nach den für große Kapitalgesellschaften geltenden Regelungen sowie den Bestimmungen der EigVO NRW zu erstellen.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 HGrG zu beachten.

Rechtsgrundlagen der Bilanzierung und Prüfung sind insbesondere:

1. Die Bestimmungen des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches (HGB),
2. Gemeindeordnung für Nordrhein-Westfalen (GO NW),
3. Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NRW),
4. Verordnung über die Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen (JAPrÜfVO),
5. Kommunalabgabengesetz für Nordrhein-Westfalen (KAG NW).

Unsere Berichterstattung erfolgt nach den "Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen" des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450).

Die Erteilung des Bestätigungsvermerks erfolgte nach den "Grundsätzen für die ordnungsmäßige Erteilung von Bestätigungsvermerken bei Abschlussprüfungen" des IDW (IDW PS 400) und dem Prüfungshinweis zur Erteilung des Bestätigungsvermerks bei kommunalen Wirtschaftsbetrieben (IDW PH 9.400.3).

Darüber hinaus wurde bei unserer Prüfung beachtet:

1. IDW Prüfungsstandard: Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG (IDW PS 720),
2. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Berichterstattung über die Prüfung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.450.1),
3. Prüfungshinweis des Instituts der Wirtschaftsprüfer für die Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung öffentlicher Unternehmen (IDW PH 9.720.1).

Über Gegenstand, Art und Umfang der von uns durchgeführten Prüfung berichten wir im Abschnitt C.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses wurden wir beauftragt, weitergehende, gesetzlich nicht geforderte Aufgliederungen und Erläuterungen zu einzelnen Posten des Jahresabschlusses abzugeben. Wir haben diese ergänzenden Aufgliederungen und Erläuterungen in der Anlage 3 dieses Prüfungsberichts dargestellt.

Ergänzend wurden wir damit beauftragt, in diesen Prüfungsbericht eine betriebswirtschaftliche Analyse der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes aufzunehmen. Diese Analyse haben wir im Abschnitt D. III. dieses Berichts dargestellt.

Für die Durchführung unseres Auftrages und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften i.d.F. vom 1. Januar 2002 maßgebend, die diesem Bericht als Anlage 8 beigelegt sind.

B. Grundsätzliche Feststellungen

Lage des Eigenbetriebes

Stellungnahme zur Beurteilung der Lage durch die Betriebsleitung

Gemäß § 321 Abs. 1 S. 2 HGB nehmen wir als Abschlussprüfer mit den folgenden Ausführungen zur Lagebeurteilung durch die Betriebsleitung im Lagebericht und im Jahresabschluss Stellung. Dabei gehen wir insbesondere auf die Beurteilung des Fortbestandes und der künftigen Entwicklung des Wasserwerkes unter Berücksichtigung des Lageberichtes ein. Unsere Stellungnahme zur wirtschaftlichen Lage des Wasserwerkes geben wir aufgrund unserer eigenen Beurteilung, die wir im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes gewonnen haben, ab.

Der Betriebsleiter geht in seinem Lagebericht auf die wirtschaftliche und technische Entwicklung des Wasserwerkes, sowie auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ein.

Der im Jahr 2011 erwirtschaftete Gewinn von TEUR 90 lässt sich im Wesentlichen wie folgt begründen:

Anstieg der Umsätze aus dem Wasserverkauf und aus den Grundgebühren im Vergleich zum Vorjahr.

Absenkung der Wasserbezugsmenge sowie der Wasserbezugspreise im Vergleich zum Vorjahr.

Absenkung der Quote der Wasserverluste auf 1,2 % (Vorjahr: 5,9 %).

Im Bezug auf die zukünftige Entwicklung ergeben sich folgende Chancen und Risiken:

Im Rahmen des Rohrnetzerneuerungsprogramms werden die Potentiale zur Reduzierung der Rohrnetzverluste weiter ausgebaut.

Risiken ergeben sich aus künftigen Erhöhungen des Wasserbezugspreises sowie niedrigeren Verkaufsmengen. Dies könnte zu negativen Veränderungen des Ergebnisses führen. Dennoch sind in der Wasserversorgung keine gravierenden Umsatzeinbrüche zu erwarten. Darüber hinaus stehen zum Ausgleich künftiger Verluste ausreichende Gewinnvorträge zur Verfügung.

Die Darstellung und Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die Betriebsleitung im Jahresabschluss und im Lagebericht halten wir für zutreffend.

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags prüften wir gem. § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, und den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2011 auf die Einhaltung der deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, der ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und der ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes. Diese beinhaltet auch die gesetzlich zulässige Ausübung von Ansatz- und Bewertungswahlrechten sowie die Einschätzung von Chancen und Risiken.

Unsere Aufgabe war es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss und den Lagebericht abzugeben. Hierbei war auch zu prüfen, ob die Betriebsleitung ihr Ermessen im zulässigen Rahmen ausgeübt hat.

Bei unserer Prüfung haben wir entsprechend § 106 Abs. 1 GO NW die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet und den hierzu vom IDW veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) berücksichtigt.

Gem. § 106 Abs. 1 GO NW und der Verordnung zur Durchführung der Jahresabschlussprüfung bei Eigenbetrieben und prüfungspflichtigen Einrichtungen erstreckte sich unsere Prüfung auch auf die Feststellung, ob

1. die Buchführung und der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften entsprechen sowie die Betriebssatzung und landesrechtliche Vorschriften beachtet sind,
2. der Lagebericht mit dem Jahresabschluss im Einklang steht und seine sonstigen Angaben nicht eine falsche Vorstellung von der Lage des Wasserwerkes erwecken,
3. über wirtschaftlich bedeutsame Sachverhalte, verlustbringende Geschäfte und Ursachen von Verlusten berichtet wurde,
4. die Geschäftsführung Anlass zu Beanstandungen gibt,
5. der Betrieb wirtschaftlich geführt wurde,
6. Maßnahmen zur Risikofrüherkennung ergriffen wurden.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 316 ff. HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Durchführung von Abschlussprüfungen vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht frei von wesentlichen Mängeln sind. Im Rahmen der Prüfung werden Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unser Prüfungsurteil bildet.

Auf der Grundlage eines risiko- und systemorientierten Prüfungsansatzes haben wir zunächst eine Prüfungsstrategie erarbeitet. Diese basiert auf einer Einschätzung des Eigenbetriebsumfelds, Auskünften der Betriebsleitung über die wesentlichen Ziele, Strategien und Geschäftsrisiken, analytischen Prüfungshandlungen zur Einschätzung von Prüfungsrisiken und zur vorläufigen Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes sowie einer grundsätzlichen Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Eigenbetriebes. Es wurden auch unsere Feststellungen aus der vorangegangenen Jahresabschlussprüfung berücksichtigt. Zur Festlegung von Prüfungsschwerpunkten sind daraufhin kritische Prüfungsziele identifiziert und es ist ein Prüfungsprogramm entwickelt worden. In diesem Prüfungsprogramm sind der Ansatz und die Schwerpunkte der Prüfung sowie die Art und der Umfang der Prüfungshandlungen festgelegt. Dabei werden auch die zeitliche Abfolge der Prüfung und der Mitarbeiterereinsatz geplant.

Die in unserer Prüfungsstrategie identifizierten kritischen Prüfungsziele führten zu folgenden Schwerpunkten der Prüfung:

- Anlagevermögen,
- Absatz (Forderungen aus Lieferungen und Leistungen i.V.m. Umsatzerlöse),
- Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse,
- Personal.

Die Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen umfassten System- und Funktionstests, analytische Prüfungshandlungen sowie Einzelfallprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl unserer risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Die Erkenntnisse der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden bei der Auswahl der analytischen Prüfungshandlungen und der von uns durchgeführten Einzelfallprüfungen berücksichtigt.

Wir haben die örtliche Prüfung vom 17. bis 26. September 2012 in den Geschäftsräumen des Wasserwerkes durchgeführt. Die Fertigstellung des Berichtes erfolgte in unseren Büroräumen.

Alle erbetenen Auskünfte und Nachweise wurden uns von der Betriebsleitung bzw. den von der Betriebsleitung ermächtigten Personen bereitwillig erteilt. Die von der Betriebsleitung unterzeichnete berufsbliche Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

Ausgehend von den Erkenntnissen aus der Prüfung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems wurden folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen	Materielle und formelle Kontrolle des Bestandsverzeichnisses, stichprobenweise Einsicht der Eingangsrechnungen für Zugänge, Inaugenscheinnahmen, Abgänge anhand Ausgangsrechnungen oder Verschrottungsprotokollen	Zugangsbewertung Anschaffungskosten anhand Eingangsrechnungen, Herstellungskosten anhand geeigneter Materialrechnungen, Stundenaufstellungen, Gemeinkostenzuschläge aus den Kosten- und Leistungsrechnungen Folgebewertung anhand interner Abschreibungspläne
Vorräte	Formelle und materielle Kontrolle der Verzeichnisse, Stichproben nach bewusster Auswahl bedeutsamer Posten	Zugangsbewertung anhand Eingangsrechnungen in Stichproben (bewusste Auswahl) Niederstwertprinzip (beschaffungsmarkt- bzw. absatzmarktorientiert)
Forderungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenlisten, Abgrenzung	Zugangsbewertung in Stichproben anhand Ausgangsrechnungen Folgebewertung zur Ermittlung von Ausfallrisiken durch Schriftverkehr und Mahnwesen
Sonstige Aktiva	Einsicht in Bücher und Schriften, Verträge	Einsicht in Bücher und Schriften

<u>Prüffeld</u>	<u>Prüfung der Bestandsnachweise</u>	<u>Prüfung der Bewertung</u>
Liquide Mittel	Kassenprotokolle, Tagesauszüge Kreditinstitute	
Eigenkapital	Betriebssatzung, Protokolle des Betriebsausschusses, Handelsregisterauszug	
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	Aufstellungen des Eigenbetriebes	Einsicht von geeigneten Unterlagen
Steuerrückstellungen	Steuerbescheide, Schriftverkehr mit Finanzbehörden, Steuerberechnungen	
Sonstige Rückstellungen	Aufstellungen des Eigenbetriebes, Verträge	Erfüllungsbeträge anhand Einsicht von geeigneten Unterlagen und Berechnungen, rechnerische Kontrolle zur Vollkostenermittlung
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	Tagesauszüge, Kreditverträge	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	Formelle und materielle Kontrolle der Saldenliste, Saldenbestätigungen	Erfüllungsbeträge durch bewusste Auswahl von Eingangsrechnungen
Sonstige Passiva	Geeignete Unterlagen und Schriften, Verträge	Erfüllungsbeträge durch stichprobenhafte Prüfung vorhandener Unterlagen
Erträge/ Aufwendungen	Stichprobenweise Prüfung von Posten mit absoluter und relativer Bedeutung	

Prüfungshemmnisse lagen nicht vor.

D. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Feststellungen zur Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Die Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Bücher des Eigenbetriebes sind ordnungsgemäß geführt. Die Buchhaltung des Vorjahres ist mit den Abschlussbuchungen abgeschlossen.

Die Buchungen sind ordnungsgemäß belegt und sachlich richtig. Die Buchführung ist nach unserer in Stichproben durchgeführten Prüfung beweiskräftig. Sie entspricht den gesetzlichen Vorschriften.

2. Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011, bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang, der als Anlage 1 beiliegt, ist anhand einer Hauptabschlussübersicht auf dem von uns geprüften Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 aufgebaut und unter Einbeziehung der Inventurergebnisse richtig und vollständig aus den Büchern entwickelt.

Die Vermögensgegenstände und Schulden sind unter Beachtung der handelsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß nachgewiesen.

Das handelsrechtliche Gliederungsschema für die Bilanz und für die Gewinn- und Verlustrechnung (Gesamtkostenverfahren) wurde unter Beachtung der branchenspezifischen Besonderheiten der Wasserversorgung angewandt.

Im Rahmen der Bewertung werden die handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften beachtet.

Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

Soweit der Eigenbetrieb nach dem Gesetz ein Wahlrecht hat, Ausweise oder Vermerke alternativ im Anhang darzustellen, wurde die Darstellung im Anhang aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses vorgezogen.

Nach der Erklärung des Betriebsleiters und den Feststellungen im Rahmen unserer Prüfung sind sämtliche Aktiva und Passiva erfasst, die Rückstellungen nach den bei Bilanzaufstellung vorliegenden Erkenntnissen ausreichend bemessen. Haftungsverhältnisse i.S. von § 251 HGB liegen nicht vor.

Die Bilanzsumme beträgt	EUR	7.737.845,02,
der Jahresgewinn	EUR	90.187,35,
der Gewinnvortrag	EUR	915.325,61.

3. Der Lagebericht

Der Lagebericht 2011 der Betriebsleitung ist dem Bericht als Anlage 2 beigelegt.

Der Lagebericht der Betriebsleitung entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Nach den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen werden der Geschäftsverlauf und die Lage des Eigenbetriebes zutreffend dargestellt.

Soweit sich der Lagebericht auf den Jahresabschluss bezieht, steht dieser im Einklang mit dem Jahresabschluss. Die sonstigen Angaben im Lagebericht erwecken nach unseren Erkenntnissen keine falsche Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes.

Die Prüfung nach § 317 Abs. 2 S. 2 HGB hat ergeben, dass wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind und dass die Angaben nach § 289 Abs. 2 HGB vollständig und zutreffend sind.

II. Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2011

1. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen und sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Die allgemeinen Grundsätze über die Bewertung und die Wertansätze der Vermögensgegenstände und Schulden wurden beachtet. Hinsichtlich der einzelnen angewandten und geprüften Bewertungsgrundlagen und -methoden verweisen wir auf die Ausführungen des Eigenbetriebes im Anhang sowie unsere Darstellungen unter "C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung".

Bilanzierungswahlrechte wurden nicht ausgeübt. Bewertungswahlrechte wurden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt. Eine Änderung bei der Ausnutzung von Ermessensspielräumen ergab sich nicht. Dabei ist festzustellen, dass Ermessensspielräume dem Grundsatz der kaufmännischen Vorsicht folgend ausgeübt wurden.

Über sachverhaltsgestaltende Maßnahmen, die einen wesentlichen Einfluss auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben, ist nicht zu berichten.

2. Gesamtaussage

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 ist richtig aus den Büchern entwickelt. Er entspricht in seiner Gliederung und Bewertung den gesetzlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Betriebssatzung. Die Buchführung ist ordnungsgemäß; sie entspricht ebenfalls dem Gesetz.

Nach unserer Beurteilung vermittelt der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und der Ertragslage des Eigenbetriebes.

III. Analyse und Erläuterung des Jahresabschlusses1. Vermögenslage

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	
A. <u>Vermögen</u>					
I. <u>Anlagevermögen</u>					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0,0	0,0	0	0
2. Sachanlagen	6.793	87,8	85,6	6.826	-33
3. Summe	6.793	87,8	85,6	6.826	-33
II. <u>Umlaufvermögen</u>					
1. Vorräte	169	2,2	1,9	152	17
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	471	6,1	6,8	538	-67
3. Forderungen an die Stadt	55	0,7	1,2	90	-35
4. Sonstige Vermögensgegenstände	234	3,0	4,4	353	-119
5. Liquide Mittel	15	0,2	0,1	11	4
6. Summe	944	12,2	14,4	1.144	-200
III. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	1	0,0	0,0	0	1
IV. <u>Vermögen gesamt</u>	7.738	100,0	100,0	7.970	-232
B. <u>Kapital</u>					
I. <u>Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten</u>					
1. Stammkapital	1.099	14,2	13,8	1.099	0
2. Allgemeine Rücklage	198	2,5	2,5	198	0
3. Gewinnvortrag	915	11,8	10,3	820	95
4. Jahresgewinn	90	1,2	1,2	95	-5
5. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und empfangene Ertragszuschüsse	1.136	14,7	14,6	1.164	-28
6. Summe	3.438	44,4	42,4	3.376	62
II. <u>Fremdkapital</u>					
1. Rückstellungen	33	0,4	0,4	34	-1
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.960	51,2	53,0	4.224	-264
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	96	1,3	2,2	176	-80
4. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	43	0,6	0,0	3	40
5. Sonstige Verbindlichkeiten	157	2,0	1,8	144	13
6. Summe	4.289	55,5	57,4	4.581	-292
III. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	11	0,1	0,2	13	-2
IV. <u>Kapital gesamt</u>	7.738	100,0	100,0	7.970	-232

Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Das Anlagevermögen verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund Investitionen in Höhe von TEUR 375, denen Abschreibungen in Höhe von TEUR 408 gegenüber stehen, um TEUR 33.

Die Investitionen verteilen sich wie folgt:

	<u>TEUR</u>
Leitungsnetz und Hausanschlüsse	115
Betriebs- und Geschäftsausstattung	24
Maschinen und maschinelle Anlagen	7
Speicheranlagen	6
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>223</u>
	<u><u>375</u></u>

Die Erhöhung der Vorräte um TEUR 17 im Vergleich zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf um TEUR 18 höheren Vorräten an Hauptrohrnetzmaterial. Die Vorräte für Hausanschlussmaterial sind dagegen um TEUR 1 gesunken.

Die Verminderung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 67 resultiert aus um TEUR 55 niedrigeren Forderungen aus Wassergeld. Die Forderungen aus Anliegerbeiträgen sind ebenso um TEUR 6 gesunken. Dagegen sind die Forderungen aus Reparaturkostenerstattungen sowie Hausanschlusskosten insgesamt um TEUR 18 gestiegen. Die Einzelwertberichtigung wurde gegenüber dem Vorjahr um TEUR 24 erhöht, da erstmalig auch Forderungen aus der Verbrauchsabrechnung wertberichtigt wurden.

Die Forderungen an die Stadt sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 35 gesunken. Dies beruht im Wesentlichen auf um TEUR 12 verminderten Forderungen aus der Umsatzsteuerabrechnung des Berichtsjahres. Des Weiteren wurden im Vorjahr Forderungen für die anteiligen Erdarbeiten im Rahmen der Baumaßnahmen Wormersdorfer Straße und Ramershoven L 113 (TEUR 13) sowie Reparaturkostenerstattungen für Hausanschlüsse (TEUR 4) ausgewiesen, denen im Berichtsjahr keine entsprechenden Forderungen gegenüber stehen. Im Vorjahr noch bilanzierte Forderungen aus Gewerbesteuer 2009 in Höhe von TEUR 15 waren zum Berichtszeitpunkt beglichen. Die restlichen Forderungen an die Stadt stiegen per saldo um TEUR 9.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind um TEUR 119 auf TEUR 234 rückläufig. Hierbei sind vor allem die Forderungen aus einem zinslos gestundeten Anschlussbeitrag für die Bebauung des Hochschulviertels um TEUR 64 und Forderungen aus einem Erstattungsanspruch aus Wassergeld WTV um TEUR 41 gesunken. Die Forderungen gegen das Finanzamt aus der Körperschaftsteuer und dem Solidaritätsbeitrag haben sich um TEUR 18 gegenüber dem Vorjahr reduziert.

Die liquiden Mittel erhöhten sich stichtagsbedingt um TEUR 4.

Das Eigenkapital und die eigenkapitalähnlichen Posten stiegen im Vorjahresvergleich um TEUR 62 an. Dies ist auf den Jahresgewinn in Höhe von TEUR 90 zurückzuführen, dem die um insgesamt TEUR 28 geringeren Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen sowie empfangene Ertragszuschüsse gegenüber stehen.

Der Rückgang der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse beruht auf Zuführungen in Höhe von TEUR 132, denen planmäßige Auflösungen in Höhe von TEUR 160 gegenüber stehen.

Der Rückgang der Rückstellungen um TEUR 1 beruht in erster Linie auf der Inanspruchnahme der Rückstellung für Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 2. Die übrigen Rückstellungen veränderten sich nur unwesentlich.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 264 gesunken. Die langfristigen Verbindlichkeiten verminderten sich aufgrund planmäßiger Darlehenstilgungen um TEUR 197. Die Kontokorrentverbindlichkeiten haben sich um TEUR 67 reduziert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen reduzierten sich stichtagsbedingt um TEUR 80.

Die Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt beruhen im Wesentlichen auf im Berichtsjahr zu bilanzierenden Verbindlichkeiten aus Gewerbesteuer in Höhe von TEUR 34, denen im Vorjahr keine entsprechenden Verbindlichkeiten gegenüber stehen.

Die sonstigen Verbindlichkeiten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 13 gestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Überzahlungen sind um TEUR 7, die aus der Kautions von Standrohren um TEUR 3 gestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lohn- und Kirchensteuer für den Monat Dezember haben sich TEUR 2 erhöht.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten verminderte sich planmäßig um TEUR 2. Der Ausweis betrifft im Wesentlichen eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung, die über die Vertragslaufzeit rätierlich aufgelöst wird.

2. Kapitalflussrechnung

	TEUR	TEUR
A. Ordentliche Geschäftstätigkeit		
1. Jahresergebnis	90	
2. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	408	
3. Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	-160	
4. Veränderung Vorräte	-17	
5. Veränderung Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	67	
6. Veränderung Forderungen an die Stadt	35	
7. Veränderung sonstige Vermögensgegenstände	119	
8. Veränderung aktiver Rechnungsabgrenzungsposten	-1	
9. Veränderung Rückstellungen	-1	
10. Veränderung Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-80	
11. Veränderung Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	40	
12. Veränderung sonstige Verbindlichkeiten	13	
13. Veränderung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	<u>-2</u>	
B. Zunahme des Finanzvermögens aus der ordentlichen Geschäftstätigkeit		511
C. Investitionstätigkeit		
1. Investitionen	-375	
2. Zuführung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	<u>132</u>	
D. Abnahme des Finanzvermögens aus der Investitionstätigkeit		-243
E. Finanzierungstätigkeit		
Darlehensstilgung	<u>-197</u>	
F. Abnahme des Finanzvermögens aus der Finanzierungstätigkeit		<u>-197</u>
G. Zunahme des Finanzvermögens		71
H. Barvermögen am Beginn des Wirtschaftsjahres*		<u>-1.206</u>
I. Barvermögen am Ende des Wirtschaftsjahres*		<u><u>-1.135</u></u>

* Inklusive Kontokorrentverbindlichkeiten.

3. Ertragslage

	2011		2010		i. Vgl. z. Vj.		Ergebnis- aus- wirkung TEUR
	TEUR	%	%	TEUR	%	TEUR	
A. <u>Betriebsleistung</u>							
1. Umsatzerlöse	2.583	96,8	96,8	2.549	1,3	34	
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	47	1,8	2,1	56	-16,1	-9	
3. Sonstige betriebliche Erträge	38	1,4	1,1	28	35,7	10	
4. Betriebsleistung	2.668	100,0	100,0	2.633	1,3	35	
B. <u>Aufwendungen</u>							
1. Materialaufwand	1.191	44,7	45,6	1.202	-0,9	11	
2. Personalaufwand	553	20,7	19,6	515	7,4	-38	
3. Abschreibungen	408	15,3	14,9	393	3,8	-15	
4. Betriebskosten	163	6,1	6,3	165	-1,2	2	
5. Verwaltungskostenbeitrag	67	2,5	2,7	71	-5,6	4	
6. Sonstige Steuern	3	0,1	0,1	3	0,0	0	
7. Aufwendungen	2.385	89,4	89,2	2.349	1,5	-36	
C. <u>Betriebsergebnis (A - B)</u>	283	10,6	10,8	284	-0,4	-1	
D. <u>Finanzergebnis</u>							
1. Zinserträge	1	0,0	0,0	0	-	1	
2. Zinsaufwendungen	129	4,8	5,3	139	-7,2	10	
3. Finanzergebnis (1 - 2)	-128	-4,8	-5,3	-139	-7,9	11	
E. <u>Neutrales Ergebnis</u>							
1. Neutrale Erträge	5	0,2	0,4	10	-50,0	-5	
2. Neutrale Aufwendungen	29	1,1	0,7	17	70,6	-12	
3. Neutrales Ergebnis (1 - 2)	-24	-0,9	-0,3	-7	*	-17	
F. <u>Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern</u>	131	4,9	5,2	138	-5,1	-7	
G. <u>Ertragsteuern</u>	41	1,5	1,6	43	-4,7	2	
H. <u>Jahresgewinn</u>	90	3,4	3,6	95	-5,3	-5	

* Veränderungen über 100 % werden nicht ausgewiesen.

- Nicht vergleichbar.

Rundungsdifferenzen bei den Prozentwerten sind EDV-bedingt.

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses

Die Umsatzerlöse setzen sich wie folgt zusammen:

	2011	2010	2011	2010	Veränderung
			TEUR	TEUR	TEUR
Tarifabnehmer			1.668	1.628	40
- Tarif	1,38 €/m ³	1,38 €/m ³			
Veränderung zum Vorjahr	0,00 €/m ³				
- Menge	1.208.737 m ³	1.179.708 m ³			
Veränderung zum Vorjahr	29.029 m ³				
Großabnehmer			257	260	-3
- Tarif	1,38 €/m ³	1,38 €/m ³			
Veränderung zum Vorjahr	0,00 €/m ³				
- Menge	186.606 m ³	188.254 m ³			
Veränderung zum Vorjahr	-1.648 m ³				
Bauwasser			9	5	4
Verbrauchsabgrenzung			-26	2	-28
Grundgebühr			428	423	5
Installations- und Reparaturarbeiten			87	71	16
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse/ Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen			160	160	0
			2.583	2.549	34

Die Umsatzerlöse für Tarifabnehmer haben eine Steigerung von TEUR 40 auf TEUR 1.668 erfahren. Bei gegenüber dem Vorjahr gleich gebliebenem Tarif ist die Steigerung auf eine um 29.029 m³ höhere Wasserverkaufsmenge zurückzuführen. Die Verminderung bei den Umsatzerlösen für Großabnehmer beruht bei gleichem Tarif auf einer um 1.648 m³ geringeren Abnahmemenge gegenüber dem Vorjahr.

Die Erstattungen für Installations- und Reparaturarbeiten sind um TEUR 16 auf TEUR 87 gestiegen. Dies steht in direktem Zusammenhang mit den ebenfalls gestiegenen Fremdleistungen für Hausanschlüsse (siehe Materialaufwand).

Aufgrund gesunkener Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr verminderten sich die aktivierten Eigenleistungen um TEUR 9 auf TEUR 47.

Der Anstieg der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 10 ist insbesondere auf eine Kostenerstattung für die Erneuerung der Brunnenpumpe im Brunnen Honert in Höhe von TEUR 7 zurückzuführen.

Der Materialaufwand ist um TEUR 11 rückläufig. Dabei sanken die Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren um TEUR 7 und die Aufwendungen für bezogene Leistungen um TEUR 4.

Im Bereich der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren verminderten sich die Aufwendungen für den Wasserbezug an den Wahnachtalsperrenverband um TEUR 11, was auf eine um rund 39 Tm³ geringere Bezugsmenge zurückzuführen ist. Dagegen ist der Materialbezug per saldo um TEUR 6 gestiegen. Diese betreffen im Wesentlichen Wasserzähler (+TEUR 14). Der Aufwand aus Inventurdifferenzen ist um TEUR 2 gesunken.

Der Rückgang der Aufwendungen für bezogene Leistungen ist mit dem Rückgang der Leistungen für das Hauptrohrnetz (-TEUR 35) zu begründen. Im Vorjahr war ein großer Wasserrohrbruch im Hauptnetz des Gebietes Eulenbach gegeben, dem im Berichtsjahr kein entsprechender Aufwand gegenüber steht. Die sonstigen Fremdleistungen sind dagegen um TEUR 21 gestiegen. Darüber hinaus haben die Aufwendungen für Strombezug eine Erhöhung um TEUR 4 und die Aufwendungen für Grundstücke und Behälter sowie die Aufwendungen für die Ver- und Entsorgung der Lagerhalle und Werkstatt insgesamt eine Mehrung von TEUR 7 erfahren. Die Aufwendungen für Grundstücke und Gebäude sind um TEUR 1 gestiegen.

Die Steigerung des Personalaufwandes um TEUR 38 ist auf tarifliche Steigerungen zurückzuführen. Diese betragen zum 1. Januar 2011 0,6 % und zum 1. August 2011 0,5 %. Darüber hinaus wurde im Januar pro Vollkraft eine Einmalzahlung von EUR 240,00 ausgezahlt. Zudem befanden sich im Vorjahr zwei Personen zeitweise außerhalb der Lohnfortzahlung.

Aufgrund der Investitionstätigkeit des Berichtsjahres und der erstmalig vollen Abschreibung auf Zugänge des Vorjahres erhöhten sich die Abschreibungen um TEUR 15 auf TEUR 408.

Die Betriebskosten sind im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 2 auf TEUR 163 gesunken, was vor allem auf gegenüber dem Vorjahr um TEUR 7 gesunkene Prüfungs- und Beratungskosten zurückzuführen ist. Daneben sind die Aufwendungen für Büromiete und Nebenkosten um TEUR 3 und die für Porto und Telefongebühren um TEUR 2 rückläufig. Gegenläufig wirkten sich vor allem höhere Aufwendungen für Kraftfahrzeugkosten und für ADV um jeweils TEUR 3 aus.

Der Verwaltungskostenbeitrag ist aufgrund eines gegenüber dem Vorjahr geringeren Sachkostenzuschlages um TEUR 4 auf TEUR 67 gesunken.

Das Finanzergebnis verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 11 und ist mit TEUR 128 negativ. Die Zinserträge erhöhten sich um TEUR 1, da im Berichtsjahr etwas höhere Guthabenstände als im Vorjahr zu verzeichnen waren. Dem gegenüber ist ein Rückgang der Zinsaufwendungen, insbesondere aufgrund der planmäßigen Darlehenstilgung, um TEUR 10 zu verzeichnen.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>	<u>Ergebnis-</u> <u>auswirkung</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Erträge</u>			
Wassergeld Vorjahre	3	3	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1	2	-1
Erträge aus Anlageabgängen	1	4	-3
Sonstiges	<u>0</u>	<u>1</u>	<u>-1</u>
Summe	5	10	-5
<u>Aufwendungen</u>			
Zuführung Einzelwertberichtigung	24	10	-14
Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	<u>5</u>	<u>7</u>	<u>2</u>
Summe	<u>29</u>	<u>17</u>	<u>-12</u>
Neutrales Ergebnis	<u><u>-24</u></u>	<u><u>-7</u></u>	<u><u>-17</u></u>

Unter Berücksichtigung des Betriebsergebnisses in Höhe von TEUR 283, des Finanzergebnisses in Höhe von TEUR -128 und des neutralen Ergebnisses von TEUR -24 ergibt sich ein Unternehmensergebnis vor Ertragsteuern von TEUR 131 (Vorjahr: TEUR 138).

Nach Einrechnung der Ertragsteuern, die sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 2 vermindert haben, ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um TEUR 5 gesunkener Jahresgewinn von TEUR 90.

4. Wirtschaftsplana) ErfolgsplanGegenüberstellung von Erfolgsplan und Gewinn- und Verlustrechnung 2011

	<u>Voranschlag</u> TEUR	<u>Gewinn- und</u> <u>Verlustrechnung</u> TEUR	<u>Ergebnis-</u> <u>auswirkung</u> TEUR
Umsatzerlöse	2.572	2.583	11
Andere aktivierte Eigenleistungen	75	47	-28
Sonstige betriebliche Erträge	26	38	12
A. Betriebsleistung	2.673	2.668	-5
Materialaufwand	1.452	1.191	261
Personalaufwand	546	553	-7
Abschreibungen	385	408	-23
Betriebskosten	184	163	21
Verwaltungskostenbeitrag	72	67	5
Sonstige Steuern	4	3	1
B. Aufwendungen	2.643	2.385	258
C. Betriebsergebnis (A - B)	30	283	253
Zinserträge	0	1	1
Zinsaufwendungen	150	129	21
D. Finanzergebnis	-150	-128	22
Neutrale Erträge	0	5	5
Neutrale Aufwendungen	0	29	-29
E. Neutrales Ergebnis	0	-24	-24
F. Ertragsteuern	0	41	-41
G. Jahresverlust/-gewinn (C + D + E - F)	-120	90	210

Die Abweichungen im Bereich des Materialaufwandes beruhen im Wesentlichen auf um rund TEUR 84 höher geplante Aufwand für den Wasserbezug. In der Planung war ein Wasserbezugspreis von rd. 66,54 Cent je m³ berücksichtigt. Tatsächlich wurden rd. 64 Cent je m³ in Rechnung gestellt.

Daneben fielen die Unterhaltungsaufwendungen, insbesondere für das Hauptrohrnetz und für Hausanschlüsse um TEUR 100 geringer aus als im Plan veranschlagt.

b) VermögensplanGegenüberstellung von Vermögensplan und Einnahmen-Ausgaben-Ist

	<u>Plan - 2011</u>	<u>Ist - 2011</u>	<u>Abweichung</u>
	TEUR	TEUR	TEUR
<u>Einnahmen</u>			
Abschreibungen	385	408	23
Zuführung zu Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/ empfangene Ertragszuschüsse	80	132	52
Darlehensaufnahme	1.059	0	-1.059
Verminderung sonstige Aktiva	0	203	203
Jahresgewinn	<u>0</u>	<u>90</u>	<u>90</u>
	<u>1.524</u>	<u>833</u>	<u>-691</u>
<u>Ausgaben</u>			
Investitionen	1.042	375	-667
Auflösung Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen/empfangene Ertragszuschüsse	160	160	0
Planmäßige Darlehenstilgung	202	197	-5
Verminderung sonstige Passiva	0	30	30
Erhöhung flüssige Mittel	0	71	71
Jahresverlust	<u>120</u>	<u>0</u>	<u>-120</u>
	<u>1.524</u>	<u>833</u>	<u>-691</u>

Aufgrund der nicht durchgeführten Investitionen wurden die geplanten Darlehensaufnahmen ebenfalls nicht durchgeführt.

E. Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Hinsichtlich des vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW PS 720) entwickelten Fragenkatalogs zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG verweisen wir auf Anlage 7.

Die Prüfung hat keine Besonderheiten, die für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse von Bedeutung sind, ergeben.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind geordnet. Die Betriebsleitung gibt keinen Anlass zu Beanstandungen.

F. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 (Anlage 1) und dem Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2011 (Anlage 2) des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, unter dem Datum vom 27. September 2012 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

Bonn, 27. September 2012

DR. DORNBACH & PARTNER GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Dr. Kohout)
Wirtschaftsprüfer

(Bokelmann)
Wirtschaftsprüfer

ANLAGEN

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Bilanz zum 31. Dezember 2011

	31.12.2011	31.12.2010		31.12.2011	31.12.2010
	EUR	EUR		EUR	EUR
Aktiva					
A. ANLAGEVERMÖGEN					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
Erkältlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	147.247,67	157.346,67			
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	18.607,94	21.192,94			
3. Verteilungsanlagen	6.206.618,35	6.431.299,46			
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	66.963,67	73.305,67			
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	130.064,18	142.615,18			
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	222.751,30	0,00			
	<u>6.792.243,11</u>	<u>6.825.759,92</u>			
	6.792.658,62	6.826.201,43			
B. UMLAUFVERMÖGEN					
I. Vorräte					
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	169.457,83	151.859,11			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	470.727,89	537.862,72			
2. Forderungen an die Stadt	54.961,42	90.532,53			
3. Sonstige Vermögensgegenstände	233.610,19	352.671,58			
	<u>759.299,50</u>	<u>981.056,83</u>			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	15.086,39	11.036,16			
	<u>1.342,68</u>	<u>1.143.952,10</u>			
	1.342,68	1.143.952,10			
	<u>7.737.845,02</u>	<u>7.970.153,53</u>			
	7.737.845,02	7.970.153,53			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN					
Passiva					
A. EIGENKAPITAL					
I. Stammkapital	1.099.277,54	1.099.277,54			
II. Allgemeine Rücklage	198.244,33	198.244,33			
III. Gewinnvortrag	915.325,61	820.112,86			
IV. Jahresgewinn	90.187,35	95.212,75			
	<u>2.303.034,83</u>	<u>2.212.847,48</u>			
B. SONDERPOSTEN FÜR INVESTITIONSZUSCHÜSSE ZUM ANLAGEVERMÖGEN					
C. EMPFANGENE ERTRAGSZUSCHÜSSE	574.237,00	574.237,00			
D. RÜCKSTELLUNGEN	561.639,51	700.565,51			
1. Steuerrückstellungen	0,00	1.935,00			
2. Sonstige Rückstellungen	32.900,00	31.600,00			
	<u>32.900,00</u>	<u>32.900,00</u>			
E. VERBINDLICHKEITEN					
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.959.900,32	4.223.523,78			
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	96.105,74	176.350,88			
3. Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	42.907,50	3.065,78			
4. Sonstige Verbindlichkeiten	156.403,03	143.883,01			
- davon aus Steuern: EUR 5.408,58 (Vorjahr: EUR 3.722,30)					
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 2.760,72 (Vorjahr: EUR 2.313,72)					
	<u>4.255.316,59</u>	<u>4.546.823,45</u>			
	4.255.316,59	4.546.823,45			
F. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	10.667,09	12.661,09			
	<u>7.737.845,02</u>	<u>7.970.153,53</u>			
	7.737.845,02	7.970.153,53			

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach
Gewinn- und Verlustrechnung für 2011

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
1. Umsatzerlöse	2.583.091,82	2.548.544,54
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	47.051,87	56.893,75
3. Sonstige betriebliche Erträge	42.949,88	38.163,65
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.010.833,57	1.017.954,79
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>180.034,89</u>	<u>184.033,12</u>
	1.190.868,46	1.201.987,91
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	429.318,09	398.420,88
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	123.925,91	116.182,29
- davon für Altersversorgung: EUR 33.134,26 (Vorjahr: EUR 31.276,11)		
	<u>553.244,00</u>	<u>514.603,17</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	408.329,94	393.162,79
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	258.922,35	253.204,95
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	870,02	41,19
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>129.076,58</u>	<u>139.444,52</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	133.522,26	141.239,79
11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	40.217,00	42.785,12
12. Sonstige Steuern	<u>3.117,91</u>	<u>3.241,92</u>
13. Jahresgewinn	<u>90.187,35</u>	<u>95.212,75</u>

Anhang 2011

1. Allgemeine Angaben

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß § 22 EigVO NRW und nach § 266 HGB. Die Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte gemäß § 23 EigVO NRW und nach § 275 HGB.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt, ein grundlegender Bewertungswechsel gegenüber dem Vorjahr fand nicht statt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Der Jahresabschluss 2011 ist unter Beachtung der Vorschriften der EigVO NRW in der Neufassung der Bekanntmachung vom 16. November 2004 aufgestellt.

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden haben wir entsprechend den handelsrechtlichen Bewertungsvorschriften unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und Bilanzierung vorgenommen.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Das Sachanlagevermögen ist mit Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Absetzung planmäßiger Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen errechnen sich nach der linearen Methode unter Zugrundelegung der jeweiligen Nutzungsdauer. Die Herstellungskosten erhalten neben direkt zurechenbaren Lohn- und Materialkosten auch angemessene Gemeinkosten.

Für die Jahre 2008 und 2009 wurden für bewegliche, selbstständig nutzbare Anlagegüter mit Anschaffungskosten ab EUR 150,00 bis EUR 1.000,00 ein Sammelposten gebildet und über fünf Jahre abgeschrieben (entsprechend § 6 Abs. 2a EStG).

Geringwertige Anlagegüter werden ab dem Jahr 2010 voll abgeschrieben.

Die Vorräte werden mit fortgeschriebenen durchschnittlichen Einstandspreisen angesetzt. Das Niederstwertprinzip wurde beachtet.

Die Bewertung der Forderungen und sonstige Aktiva erfolgt grundsätzlich mit ihrem Nominalbetrag. Zweifelhafte Forderungen sind mit ihrem wahrscheinlichen Wert angesetzt, unverzinslich gestundete Forderungen werden mit ihrem Barwert bilanziert. Uneinbringliche Forderungen werden ausgebucht.

Die empfangenen Ertragszuschüsse sind bis zum 31. Dezember 2002 analog § 22 Abs. 2 EigVO NW a.F. als Passivposten ausgewiesen und werden mit 5 % p.a. aufgelöst. In den Wirtschaftsjahren 2003 bis 2006 wurden die empfangenen Ertragszuschüsse direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der bezuschussten Anlagegegenstände abgesetzt. Seit dem 1. Januar 2007 werden die Ertragszuschüsse als Sonderposten passiviert, welcher über die Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegegenstände ergebniswirksam aufgelöst wird.

Bei der Bemessung der Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken ausreichend und angemessen zum Erfüllungsbetrag Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Sonstige Aktivierungswahlrechte wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze sind gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

Anlagennachweis zum 31.12.2011

	Anschaffungs- und Herstellungskosten						Abschreibungen						Restbuchwerte	
	Stand 1.1.2011		Zugang	Umbuchung	Abgang	Stand 31.12.2011	Stand 1.1.2011		Zugang	Abgang	Stand 31.12.2011	Stand 31.12.2011	Vorjahr	
	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
Konzessionen, und ähnliche Rechte	17.674,18	0,00	0,00	0,00	0,00	17.674,18	17.232,67	26,00	0,00	0,00	17.258,67	415,51	441,51	
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten	598.732,85	0,00	0,00	0,00	0,00	598.732,85	439.386,18	10.099,00	0,00	0,00	449.485,18	147.247,67	157.346,67	
2. Gewinnungs- und Bezugsanlagen	397.125,16	0,00	-0,00	0,00	397.125,16	375.932,22	2.585,00	0,00	0,00	0,00	378.517,22	18.607,94	21.192,94	
3. Verteilungsanlagen														
- Speicheranlagen	1.753.316,42	6.165,62	0,00	0,00	1.759.482,04	939.345,77	42.810,82	0,00	0,00	0,00	982.156,39	777.325,65	813.970,65	
- Leitungsnetz u. Hausanschluss	14.855.094,90	114.725,90	0,00	2.434.403,31	12.335.417,49	9.076.786,09	299.176,63	2.434.376,93	6.941.687,79	5.393.829,70	5.393.829,70	5.578.306,81		
- Messeinrichtungen	64.975,28	0,00	0,00	0,00	64.975,28	25.953,28	3.559,00	0,00	0,00	0,00	29.512,28	35.463,00	39.022,00	
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	252.351,12	6.840,60	0,00	2.040,22	257.151,50	179.045,45	13.181,60	2.039,22	190.187,83	66.963,67	73.305,67			
5. Betriebs- und Geschäftsausstattung	420.529,73	24.332,09	0,00	12.013,51	432.848,31	277.914,55	36.892,09	12.012,51	302.794,13	130.054,18	142.615,18			
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00	222.751,30	0,00	0,00	222.751,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	222.751,30	0,00		
	18.140.125,46	374.815,51	0,00	2.448.457,04	16.066.483,93	11.314.365,54	408.303,94	2.448.428,66	9.274.240,82	6.792.243,11	6.825.759,92			
	18.157.799,64	374.815,51	0,00	2.448.457,04	16.084.156,11	11.331.598,21	408.329,94	2.448.428,66	9.291.499,49	6.792.243,11	6.825.759,92			

3. Geplante Maßnahmen

Zum 31.12.2011 waren folgende Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen:

Rheinbach, Eulenbach	122.328,42
Rheinbach, Oberdrees	88.502,16
Rheinbach, Villeneuver Straße	11.920,72
	<u>222.751,30</u>

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2012 sind Hauptrohrnetzerneuerungen in den Bereichen Rheinbach, Villeneuver Straße und Rheinbach, Oberdrees.

4. Forderungen an die Stadt

Der Ausweis betrifft Forderungen an die Stadt Rheinbach aus Umsatzsteuer (TEUR 26) und anteiligen Kostenübernahmen (TEUR 29).

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Der Ausweis umfasst im Wesentlichen in Höhe von TEUR 132 zinslos gestundete Anschlussbeiträge der Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH sowie gestundete, mit 6 % abgezinste Anschlussbeiträge in Höhe von TEUR 16 mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

6. Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 1.1.2011 Euro	Zuführung Euro	Entnahme Euro	Stand 31.12.2011 Euro
Stammkapital	1.099.277,54	0,00	0,00	1.099.277,54
Allgemeine Rücklage	198.244,33	0,00	0,00	198.244,33
Gewinnvortrag	820.112,86	95.212,75	0,00	915.325,61
Jahresgewinn	95.212,75	90.187,35	95.212,75	90.187,35
	<u>2.212.847,48</u>	<u>185.400,10</u>	<u>95.212,75</u>	<u>2.303.034,83</u>

7. Rückstellungen

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

	Stand 1.1.2011 Euro	Auflösung Euro	Inanspruch- nahme Euro	Zuführung Euro	Aufzinsung Euro	Stand 31.12.2011 Euro
1. Steuerrückstellungen						
Gewerbesteuerrückstellung	1.935,00	0,00	1.935,00	0,00	0,00	0,00
2. Sonstige Rückstellungen						
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00
Prüfungskosten	10.000,00	500,00	9.500,00	10.600,00	0,00	10.600,00
Urlaubsansprüche	12.300,00	0,00	12.300,00	15.500,00	0,00	15.500,00
Überstunden	4.300,00	0,00	4.300,00	1.800,00	0,00	1.800,00
	31.600,00	500,00	31.100,00	32.900,00	0,00	32.900,00
	33.535,00	500,00	33.035,00	32.900,00	0,00	32.900,00

8. Verbindlichkeitspiegel

	Gesamtbetrag Euro	bis 1 Jahr Euro	Restlaufzeit:	
			1 bis 5 Jahre Euro	mehr als 5 Jahre Euro
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.959.900,32	1.353.277,20	744.934,98	1.861.688,14
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	96.105,74	96.105,74		
Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt	42.907,50	42.907,50		
Sonstige Verbindlichkeiten	156.403,03	156.403,03		
	4.255.316,59	1.648.693,47	744.934,98	1.861.688,14

9. Umsatzerlöse Wasserverkauf**a) Wasserverkauf**

	2011 EUR	2010 EUR
Tarif je cbm	1,38	1,38

Mengen und Erlöse

	2011 Menge cbm	2011 Erlös EUR	2010 Menge cbm	2010 Erlös EUR
Tarifabnehmer	1.190.260	1.642.558,52	1.180.955	1.629.718,71
Großabnehmer	186.606	257.516,28	188.254	259.790,52
Bauwasser	6.437	8.883,06	3.436	4.741,64
	<u>1.383.303</u>	<u>1.908.957,86</u>	<u>1.372.645</u>	<u>1.894.250,87</u>

Hinzu kommen die Grundgebühren in Höhe von EUR 427.763,78 (Vorjahr: EUR 423.236,08).

b) Erlöse aus Hausanschluss- und Wasserzählerreparaturen

	2011 EUR	2010 EUR
	<u>86.587,27</u>	<u>71.259,05</u>

c) Auflösung Ertrags- und Investitionszuschüsse

2011	2010
EUR	EUR
159.782,91	159.798,54

10. Personalaufwand

	2011	2010
	EUR	EUR
a) Gehälter	429.318,09	398.420,88
b) Soziale Abgaben und Beiträge		
Sozialabgaben	85.090,93	79.582,46
Berufsgenossenschaft	5.700,72	5.323,72
Versorgungsaufwand	33.134,26	31.276,11
	123.925,91	116.182,29
Personalaufwand	553.244,00	514.603,17

11. Mitarbeiter

Im Wirtschaftsjahr 2011 waren durchschnittlich direkt beim Wasserwerk beschäftigt:

Verwaltung

4 Angestellte
(davon 1 Teilzeitkraft)

Betrieb

1 Rohrnetzmeister
1 Elektriker
1 Heizungsbauer
1 Heizungs- und Lüftungsbauer
1 Facharbeiter für Schweißtechnik
1 Gas- und Wasserinstallateur
1 Rohrnetzbauer

Im Jahresdurchschnitt waren beschäftigt:

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	Anzahl	Anzahl
Verwaltung		
Tariflich Beschäftigte (davon 1 Teilzeitkraft)	4	4
Betrieb		
Tariflich Beschäftigte	7	7

12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wird mit Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von € 40.217,00 belastet.

13. Abschlussprüferhonorare

Für die Prüfung des Jahresabschlusses wurde eine Rückstellung in Höhe von TEUR 9 gebildet.

14. Leistungen für die Betriebsleitung und Mitglieder des Betriebsausschusses

	<u>EUR</u>
Betriebsleitung	42.233,00
Betriebsausschuss	357,00
	<u>42.590,00</u>

Auf den Betriebsleiter entfallen rd. TEUR 15, auf seinen Stellvertreter rd. TEUR 27.

15. Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses

Betriebsleitung

Kämmerer Walter Kohlosser, Betriebsleiter (seit 1. Januar 2008)

Verwaltungsfachwirt Peter Eich, stellv. Betriebsleiter (seit 1. Januar 2008)

Mitglieder des Ausschusses

Ratsmitglieder

Ilka Rick (Vorsitzende), Verwaltungsangestellte

Joachim Schollmeyer (Stellvertreter), IT Berater

Georg Schragen, Technischer Beamter

Renate Krämer, Krankengymnastin

Paul Josef Witsch, Elektroprüfmeister

Jürgen Spilles, Kriminalbeamter

David Maaß, Historiker

Fred Gottfried Bongartz, Unternehmer

Sachkundige Bürger

Karl Franz Steiger, Oberstleutnant

Dr. Reinhard Stumpf, Regierungsdirektor a.D.

Bruno Weber, Unternehmer

Reinhold Becker, Kriminalkommissar

Vertreter der Arbeitnehmer

Thomas Hampe, Facharbeiter für Schweißtechnik

Thomas Spilles, Gas- und Wasserinstallateur

Rheinbach, den 26. September 2012

Wasserwerk der Stadt Rheinbach

gez. Walter Kohlosser
Betriebsleiter

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Wasserwerkes der Stadt Rheinbach, Rheinbach, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2011 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht des Eigenbetriebes abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt.

Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Betriebssatzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Bonn, 27. September 2012

DR. DORNBACH & PARTNER GMBH
NIEDERLASSUNG BONN
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Dr. Kohout)
Wirtschaftsprüfer

(Bokelmann)
Wirtschaftsprüfer

**Lagebericht für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2011**

Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes

Bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes ist zu beachten, dass verschiedene veranschlagte Investitionsmaßnahmen nicht zur Ausführung gelangen konnten. Dadurch brauchte die zur anteiligen Finanzierung der geplanten Vorhaben veranschlagte Darlehensaufnahme nicht in vollem Umfang in Anspruch genommen werden.

Für das Jahr 2011 konnte ein Gewinn in Höhe von 90.187,35 EUR erwirtschaftet werden.

Der Wasserbezug betrug in diesem Jahr 1.469.218 cbm (Vorjahr: 1.508.235 cbm) und ist somit um rd. 39.000 cbm niedriger als im Vorjahr.

Die Endabrechnung des Rhein-Sieg-Kreises für 2011 bezüglich des WTV ist am 10.09.2012 erfolgt. Es errechnet sich darin ein Wasserpreis von rd. 0,6443236 €/cbm. Bei den Vorauszahlungen lag ein Wasserpreis in Höhe von rd. 0,6654 €/cbm zugrunde. Aus der Abrechnung ergab sich eine Erstattung in Höhe von EUR 64.153,36 € brutto die im Jahresabschluss 2011 berücksichtigt wurde.

An Verkaufserlösen aus dem Verkauf von Wasser konnten in diesem Jahr insgesamt EUR 1.908.957,86 (Vorjahr: EUR 1.894.250,87) verbucht werden. Dies sind rd. TEUR 15 Mehrerlöse im Vergleich zum Vorjahr.

Die Erlöse aus Grundgebühren in Höhe von EUR 427.763,78 (Vorjahr: EUR 423.236,08) sind um rd. TEUR 5 angestiegen.

Die aktivierten Eigenleistungen sind um rd. TEUR 10 niedriger als im Vorjahr.

Der reale Wasserverlust im Rohrnetz ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Er liegt im Wirtschaftsjahr 2011 bei 1,2 % (Vorjahr: 5,9 %).

Der bis 31.12.2002 aufgebaute Passivposten „Empfangene Ertragszuschüsse“ wird nach den bisherigen Regelungen weiter planmäßig aufgelöst.

Für die Wirtschaftsjahre 2003 bis 2006 wurden die Baukostenzuschüsse von den Anschaffungskosten der bezuschussten Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse abgesetzt. Durch die sich daraus ergebenden geminderten Herstellungskosten der Versorgungsanlagen werden die Abschreibungen gemindert und somit die Baukostenzuschüsse ertragswirksam.

Ab dem Wirtschaftsjahr 2007 werden die Baukostenzuschüsse als Sonderposten passiviert und die Vermögensgegenstände (Versorgungsleitungen und Versorgungsanschlüsse) aktiviert. Die Sonderposten werden über die Nutzungsdauer des bezuschussten Vermögensgegenstand ergebniswirksam aufgelöst.

Voraussichtliche Entwicklung des Eigenbetriebes

Der Wasserverkaufspreis von 1,38 EUR/cbm ist seit 01.02.2004 unverändert.

Der Abschlagsanforderung des Wahnbachtalsperrenverbandes für das Jahr 2012 liegt ein Wasserbezugspreis von rd. 0,6615 EUR/cbm zugrunde. Für 2011 betrug der endgültige Wasserbezugspreis rd. 0,6443 EUR/cbm.

Im technischen Bereich wurde das Rohrnetzerneuerungsprogramm, welches Auskunft über Schäden, Baujahr und Zustand der Hauptrohrnetzleitungen gibt, weiter fortgeführt.

Wesentlicher Bestandteil des Investitionsprogramms 2012 sind Hauptrohrnetzerneuerungen in den Bereichen: Rheinbach, Villeneuve Straße und Oberdrees.

Mit dem Gewinnvortrag aus den Vorjahren und dem Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres 2011 steht am 31.12.2011 neben dem Stammkapital und der allgemeinen Rücklage ein aus der eigenen Tätigkeit entstandenes Eigenkapital von insgesamt EUR 1.005.512,96 zur Abdeckung eventuell künftig anfallender Betriebsverluste zur Verfügung.

Risiko und Chancen

Kurzfristig eintretende Veränderungen der Gewinnsituation des Wasserwerks können sich im Wesentlichen nur aus der Veränderung des Preises und der Menge des verkauften Wassers, des Bezugspreises für den Wassereinkauf und eventuell des Wasserverlustes ergeben. Gravierende Umsatzeinbrüche sind jedoch in der Wasserversorgung Rheinbach ebenso wenig zu erwarten wie völlig unverhältnismäßige Erhöhungen des Wasserbezugspreises. Damit sind die geschäftlichen Risiken der zukünftigen Entwicklung als überschaubar einzustufen, zumal Gewinnvorträge zum Ausgleich zukünftiger Verluste zur Verfügung stehen.

Im technischen Bereich liegen die Risiken in Betriebsstörungen, Wasserrohrbrüchen, Zerstörung technischer Einrichtungen oder schadensersatzpflichtige Schädigungen Dritter. Nach allen Erfahrungen der Vergangenheit ist der Eintritt solcher Ereignisse jedoch als eher unwahrscheinlich einzustufen. Für eine Vielzahl derartiger Risiken besteht im Übrigen Versicherungsschutz.

Darüber hinausgehende bestandsgefährdende technische, geschäftliche oder sonstige Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Die Chance für eine weiterhin positive Entwicklung des Eigenbetriebes besteht darin, auch künftig sparsam und wirtschaftlich zu arbeiten. Jedoch auch die Veränderungen der Wasserverluste aufgrund intensiven Messungen können zur weiteren positiven Entwicklung beitragen.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Wirtschaftsjahres sind nicht eingetreten.

Rheinbach, den 26. September 2012

Wasserwerk der Stadt Rheinbach

gez. Walter Kohlosser
- Betriebsleiter -

Aufgliederung und Erläuterung der Posten des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2011

Bilanz zum 31. Dezember 2011

Im Folgenden wird auf das Bilanzgliederungsschema, vgl. Anlage 1, Seite 1, Bezug genommen.

Aktiva

A. <u>Anlagevermögen</u>	31.12.2011	EUR	<u>6.792.658,62</u>
	31.12.2010	EUR	6.826.201,43

Auf die Darstellung des Anlagevermögens im Anlagennachweis (Anlage 1, S. 5) wird Bezug genommen.

I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>	31.12.2011	EUR	<u>415,51</u>
	31.12.2010	EUR	441,51

Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche
Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie
Lizenzen an solchen Rechten und Werten

	31.12.2011	EUR	<u>415,51</u>
	31.12.2010	EUR	441,51

Der Ausweis betrifft eine wasserrechtliche Entnahmeerlaubnis sowie Software.

II. <u>Sachanlagen</u>	31.12.2011	EUR	<u>6.792.243,11</u>
	31.12.2010	EUR	6.825.759,92
1. <u>Grundstücke mit Betriebs- und anderen Bauten</u>	31.12.2011	EUR	<u>147.247,67</u>
	31.12.2010	EUR	157.346,67

Hierunter wird das Betriebsgebäude Aachener Straße 46b ausgewiesen.

2. <u>Gewinnungs- und Bezugsanlagen</u>	31.12.2011	EUR	<u>18.607,94</u>
	31.12.2010	EUR	21.192,94

Der Ausweis betrifft Brunnen und Pumpenhäuser.

3. <u>Verteilungsanlagen</u>	31.12.2011	EUR	<u>6.206.618,35</u>
	31.12.2010	EUR	6.431.299,46

Hierunter werden die Speicheranlagen, das Hauptrohrnetz und die Hausanschlüsse ausgewiesen.

Zu Zugang

	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
<u>Speicheranlagen</u>		
PSM-Pumpe		6.165,62
<u>Hauptrohrnetz</u>		
Rheinbach, Oberdreerer Straße	11.433,34	
Rheinbach, Riepersheck	<u>1.662,67</u>	
		13.096,01
Hausanschlüsse 2011		<u>101.629,89</u>
		<u><u>120.891,52</u></u>

4. <u>Maschinen und maschinelle Anlagen</u>	31.12.2011 EUR	<u>66.963,67</u>
	31.12.2010 EUR	73.305,67

Zu Zugang

	<u>EUR</u>
2 Luftfeuchter mit Hydrostat	2.430,40
Niederdruckspülgerät	1.274,00
Stromerzeuger	1.254,40
Schälgerät für Stutzenfittings	1.166,20
Schieberstangensuchgerät	<u>715,60</u>
	<u><u>6.840,60</u></u>

5. <u>Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	31.12.2011 EUR	<u>130.054,18</u>
	31.12.2010 EUR	142.615,18

Hierunter werden die Betriebsausstattung, die Geschäftsausstattung, der Fuhrpark und die geringwertigen Wirtschaftsgüter ausgewiesen.

Zu Zugang

	<u>EUR</u>
<u>Betriebsausstattung</u>	
Montagezeit	484,00
<u>Geschäftsausstattung</u>	
EDV-Ausstattung	971,12
<u>Fuhrpark</u>	
Opel Astra Sports-Tourer	18.714,29
<u>Geringwertige Wirtschaftsgüter</u>	<u>4.162,68</u>
	<u><u>24.332,09</u></u>

6. <u>Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau</u>	31.12.2011	EUR	<u>222.751,30</u>
	31.12.2010	EUR	0,00

	<u>1.1.2011</u>	<u>Zugang</u>	<u>31.12.2011</u>
	EUR	EUR	EUR
Erneuerung Rheinbach-Oberdrees	0,00	88.502,16	88.502,16
Erneuerungen Eulenbach	0,00	122.328,42	122.328,42
Erneuerung Villeneuver Straße	0,00	11.920,72	11.920,72
	<u>0,00</u>	<u>222.751,30</u>	<u>222.751,30</u>

Zu Abgänge

	<u>Anschaffungs-</u>	<u>Kumulierte</u>	<u>Restbuchwert</u>	<u>Erlös</u>	<u>Buchgewinn</u>	<u>Buchverlust</u>
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Verteilungsanlagen						
Hauptrohrnetz Neukirchen	518.312,91	518.307,30	5,61	0,00	0,00	5,61
Hauptrohrnetz Flerzheim	878.370,98	878.364,37	6,61	0,00	0,00	6,61
Hauptrohrnetz Hilberath	10.628,44	10.626,91	1,53	0,00	0,00	1,53
Hauptrohrnetz Rheinbach	<u>1.027.090,98</u>	<u>1.027.078,35</u>	<u>12,63</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>12,63</u>
	<u>2.434.403,31</u>	<u>2.434.376,93</u>	<u>26,38</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>26,38</u>
Maschinen und maschinelle Anlagen						
EDV-Anlagen	2.040,22	2.039,22	1,00	15,00	14,00	0,00
Fuhrpark						
Opel Astra SU-6295	<u>12.013,51</u>	<u>12.012,51</u>	<u>1,00</u>	<u>1.319,33</u>	<u>1.318,33</u>	<u>0,00</u>
	<u>2.448.457,04</u>	<u>2.448.428,66</u>	<u>28,38</u>	<u>1.334,33</u>	<u>1.332,33</u>	<u>26,38</u>

B. <u>Umlaufvermögen</u>	31.12.2011	EUR	<u>943.843,72</u>
	31.12.2010	EUR	1.143.952,10
I. <u>Vorräte</u>	31.12.2011	EUR	<u>169.457,83</u>
	31.12.2010	EUR	151.859,11
<u>Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe</u>	31.12.2011	EUR	<u>169.457,83</u>
	31.12.2010	EUR	151.859,11
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	
	EUR	EUR	
Bau- und Installationsstoffe			
• Hauptrohrnetzmaterial	130.904,35	112.701,64	
• Hausanschlussmaterial	<u>38.553,48</u>	<u>39.157,47</u>	
	<u>169.457,83</u>	<u>151.859,11</u>	
II. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2011	EUR	<u>759.299,50</u>
	31.12.2010	EUR	981.056,83
1. <u>Forderungen aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2011	EUR	<u>470.727,89</u>
	31.12.2010	EUR	537.852,72
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>	
	EUR	EUR	
Forderungsbestand			
• Wassergeld	378.195,68	432.897,49	
• Reparaturkostenerstattungen	36.086,58	31.561,44	
• Hausanschlusskosten	16.523,37	2.793,40	
• Anliegerbeiträge	87.323,47	93.059,20	
• Arbeiten für Dritte und Materialabgaben	<u>26.568,42</u>	<u>27.097,36</u>	
	<u>544.697,52</u>	<u>587.408,89</u>	
Einzelwertberichtigungen	<u>-73.969,63</u>	<u>-49.556,17</u>	
	<u>470.727,89</u>	<u>537.852,72</u>	

2. <u>Forderungen an die Stadt</u>	31.12.2011 EUR	<u>54.961,42</u>
	31.12.2010 EUR	90.532,53
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Umsatzsteuer		
• Umsatzsteuer Vorjahre	12.042,40	0,00
• Umsatzsteuer Oktober	-900,08	0,00
• Umsatzsteuer November	-3.902,56	1.407,79
• Umsatzsteuer Dezember	31.399,14	24.379,01
• Umsatzsteuer Berichtsjahr	<u>-12.689,75</u>	<u>12.042,40</u>
	25.949,15	37.829,20
Gewerbsteuer		
• Gewerbsteuer 2009	0,00	15.149,00
Strom- und Wartungskosten	4.055,79	3.890,62
Pacht	299,19	299,19
Anteilige Ablesekosten	14.881,01	14.641,62
Erstattung von Erdarbeiten im Zuge von Baumaßnahmen	0,00	12.690,16
Reparaturkostenerstattungen	0,00	3.552,62
EDV-Kosten	0,00	1.439,79
Übrige	<u>9.776,28</u>	<u>1.040,33</u>
	<u>54.961,42</u>	<u>90.532,53</u>

3. <u>Sonstige Vermögensgegenstände</u>	31.12.2011 EUR	<u>233.610,19</u>
	31.12.2010 EUR	352.671,58
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Zinslos gestundeter Anschlussbeitrag 2003	132.257,27	195.810,24
Zinslos gestundete Anschlussbeiträge Vorjahre	16.334,52	16.680,86
Forderungen gegen das Finanzamt		
• Körperschaftsteuer		
- 2011	8.117,00	0,00
- 2010	6.990,00	6.990,00
- 2009	<u>0,00</u>	<u>25.172,00</u>
	15.107,00	32.162,00
• Solidaritätszuschlag		
- 2011	444,00	0,00
- 2010	382,00	382,00
- 2009	<u>0,00</u>	<u>1.381,88</u>
	826,00	1.763,88
	15.933,00	33.925,88
Erstattungsanspruch Wassergeld WTV	64.153,36	104.883,83
Übrige	<u>4.932,04</u>	<u>1.370,77</u>
	<u>233.610,19</u>	<u>352.671,58</u>

III. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>	31.12.2011 EUR	<u>15.086,39</u>
	31.12.2010 EUR	11.036,16
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Kassenbestand	169,64	142,72
Guthaben bei Kreditinstituten		
• Deutsche Bank AG, Rheinbach, Konto 3322500	583,57	454,65
• Commerzbank AG, Rheinbach, Konto 600148800	4.872,64	851,72
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Rheinbach, Konto 2091075	275,81	275,12
• Postbank Köln, Konto 0232400508	965,49	2.553,00
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Rheinbach, Konto 10805023	5.744,94	0,00
• Kreissparkasse Köln, Rheinbach, Konto 45802709	<u>2.474,30</u>	<u>6.758,95</u>
	<u>14.916,75</u>	<u>10.893,44</u>
	<u>15.086,39</u>	<u>11.036,16</u>
C. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	31.12.2011 EUR	<u>1.342,68</u>
	31.12.2010 EUR	0,00

Passiva

A. <u>Eigenkapital</u>	31.12.2011	EUR	<u>2.303.034,83</u>
	31.12.2010	EUR	2.212.847,48

I. <u>Stammkapital</u>	31.12.2011	EUR	<u>1.099.277,54</u>
	31.12.2010	EUR	1.099.277,54

In Übereinstimmung mit § 11 der Betriebssatzung.

II. <u>Allgemeine Rücklage</u>	31.12.2011	EUR	<u>198.244,33</u>
	31.12.2010	EUR	198.244,33

Keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

III. <u>Gewinnvortrag</u>	31.12.2011	EUR	<u>915.325,61</u>
	31.12.2010	EUR	820.112,86

Gemäß Beschluss des Rates vom 19. Dezember 2011 wurde auf Empfehlung des Betriebsausschusses vom 8. Dezember 2011 der Jahresgewinn 2010 auf neue Rechnung vorgetragen.

IV. <u>Jahresgewinn</u>	31.12.2011	EUR	<u>90.187,35</u>
	31.12.2010	EUR	95.212,75

B.	<u>Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen</u>	31.12.2011	EUR	<u>574.237,00</u>
		31.12.2010	EUR	463.731,00

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 5.

C.	<u>Empfangene Ertragszuschüsse</u>	31.12.2011	EUR	<u>561.699,51</u>
		31.12.2010	EUR	700.565,51

Zur Zusammensetzung und Entwicklung verweisen wir auf die Anlage 5.

D. <u>Rückstellungen</u>	31.12.2011	EUR	<u>32.900,00</u>
	31.12.2010	EUR	33.535,00
1. <u>Steuerrückstellungen</u>	31.12.2011	EUR	<u>0,00</u>
	31.12.2010	EUR	1.935,00

Der Ausweis betraf im Vorjahr die Gewerbesteuer für das Jahr 2010.

2. <u>Sonstige Rückstellungen</u>	31.12.2011	EUR	<u>32.900,00</u>
	31.12.2010	EUR	31.600,00

	<u>1.1.2011</u>	<u>Inanspruch-</u>	<u>Auflösung</u>	<u>Zuführung</u>	<u>31.12.2011</u>
	EUR	nahme	EUR	EUR	EUR
		EUR			
<u>Sonstige Rückstellungen</u>					
Prüfungskosten	10.000,00	9.500,00	500,00	10.600,00	10.600,00
Interne Jahresabschlusskosten	5.000,00	5.000,00	0,00	5.000,00	5.000,00
Urlaubsansprüche	12.300,00	12.300,00	0,00	15.500,00	15.500,00
Überstunden	4.300,00	4.300,00	0,00	1.800,00	1.800,00
	<u>31.600,00</u>	<u>31.100,00</u>	<u>500,00</u>	<u>32.900,00</u>	<u>32.900,00</u>

E. <u>Verbindlichkeiten</u>	31.12.2011 EUR	<u>4.255.316,59</u>
	31.12.2010 EUR	4.546.823,45
1. <u>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</u>	31.12.2011 EUR	<u>3.959.900,32</u>
	31.12.2010 EUR	4.223.523,78
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Langfristige Verbindlichkeiten	2.809.900,32	3.006.186,29
Kontokorrentkredite		
• Kreissparkasse Köln, Nr. 396001580	1.150.000,00	1.200.000,00
• Raiffeisenbank Rheinbach Voreifel eG, Nr. 10805023	<u>0,00</u>	<u>17.337,49</u>
	<u>1.150.000,00</u>	<u>1.217.337,49</u>
	<u>3.959.900,32</u>	<u>4.223.523,78</u>

Bezüglich der Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten verweisen wir auf die Anlage 6 zu diesem Bericht.

2. <u>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</u>	31.12.2011 EUR	<u>96.105,74</u>
	31.12.2010 EUR	176.350,88

3. <u>Verbindlichkeiten gegenüber der Stadt</u>	31.12.2011 EUR	<u>42.907,50</u>
	31.12.2010 EUR	3.065,78
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Anteilige EDV-Kosten	3.705,12	0,00
Gewerbsteuer		
• 2010	17.891,00	0,00
• 2011	<u>16.436,00</u>	<u>0,00</u>
	34.327,00	0,00
Porto-, Telefon und Dieselkosten	2.854,47	2.889,03
Sonstiges	<u>2.020,91</u>	<u>176,75</u>
	<u>42.907,50</u>	<u>3.065,78</u>
4. <u>Sonstige Verbindlichkeiten</u>	31.12.2011 EUR	<u>156.403,03</u>
	31.12.2010 EUR	143.883,01
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Steuern		
• Lohn- und Kirchensteuer für Monat Dezember	5.408,58	3.722,30
Übrige Verbindlichkeiten		
• Überzahlungen aus Verbrauchsabrechnung	132.092,22	125.028,98
• Kautions Standrohre	14.520,85	11.583,47
• Berufsgenossenschaft	2.760,72	2.313,72
• Überzahlungen Kunden	0,00	809,39
• Sicherheitsleistung Werkswohnung	275,81	275,12
• Sonstiges	<u>1.344,85</u>	<u>150,03</u>
	<u>150.994,45</u>	<u>140.160,71</u>
	<u>156.403,03</u>	<u>143.883,01</u>

F. <u>Rechnungsabgrenzungsposten</u>	31.12.2011 EUR	<u>10.657,09</u>
	31.12.2010 EUR	12.651,09
	<u>31.12.2011</u>	<u>31.12.2010</u>
	EUR	EUR
Vereinnahmte Pachtvorauszahlung	10.469,09	12.463,09
Vereinnahmte Miete Werkswohnung für Januar Folgejahr	<u>188,00</u>	<u>188,00</u>
	<u>10.657,09</u>	<u>12.651,09</u>

Zu Vereinnahmte Pachtvorauszahlung

Der Ausweis betrifft eine vereinnahmte Pachtvorauszahlung in Höhe von ursprünglich EUR 39.880,77. Das Pachverhältnis begann am 1. April 1997, die Auflösung erfolgt über eine Laufzeit von 20 Jahren.

Gewinn- und Verlustrechnung für 2011

Die Gliederung der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach dem Gesamtkostenverfahren.

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
1. <u>Umsatzerlöse</u>	<u>2.583.091,82</u>	<u>2.548.544,54</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Wasserverkauf	2.336.721,64	2.317.486,95
Installations- und Reparaturarbeiten	86.587,27	71.259,05
Auflösung empfangene Ertragszuschüsse/Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	<u>159.782,91</u>	<u>159.798,54</u>
	<u>2.583.091,82</u>	<u>2.548.544,54</u>

Zu Installations- und Reparaturarbeiten

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Erstattung Reparaturkosten Hausanschlüsse	86.331,55	59.164,72
Erstattung Reparaturkosten Wasserzähler	39,80	333,16
Arbeiten für Dritte	<u>215,92</u>	<u>11.761,17</u>
	<u>86.587,27</u>	<u>71.259,05</u>

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
2. <u>Andere aktivierte Eigenleistungen</u>	<u>47.051,87</u>	<u>56.893,75</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Lohnkosten	31.164,59	37.559,96
Gemeinkostenzuschlag Lohn	12.465,17	15.023,87
Gemeinkostenzuschlag auf Materialkosten	2.611,21	2.497,72
Fuhrparkkosten	<u>810,90</u>	<u>1.812,20</u>
	<u>47.051,87</u>	<u>56.893,75</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
3. <u>Sonstige betriebliche Erträge</u>	<u>42.949,88</u>	<u>38.163,65</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Ordentliche Erträge		
• Überlassung Wasserzählerdaten	12.505,05	12.303,88
• Mahngebühren, Säumniszuschläge	10.223,20	9.347,65
• Mieten und Pachten	3.154,56	3.102,97
• Erstattung für die Erneuerung der Brunnenpumpe	7.421,79	0,00
• Auflösung passiver Rechnungsabgrenzungsposten	1.994,00	1.994,00
• Übrige	<u>2.756,07</u>	<u>980,06</u>
	38.054,67	27.728,56
Periodenfremde und neutrale Erträge		
• Wassergeld Vorjahre	3.062,88	3.213,16
• Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	500,00	1.763,48
• Erträge aus Anlageabgängen	1.332,33	3.781,51
• Beitragserstattung Vorjahre	0,00	1.377,75
• Sonstiges	<u>0,00</u>	<u>299,19</u>
	<u>4.895,21</u>	<u>10.435,09</u>
	<u>42.949,88</u>	<u>38.163,65</u>

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
4. <u>Materialaufwand</u>	<u>1.190.868,46</u>	<u>1.201.987,91</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.010.833,57	1.017.954,79
Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>180.034,89</u>	<u>184.033,12</u>
	<u>1.190.868,46</u>	<u>1.201.987,91</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
a) <u>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</u>	<u>1.010.833,57</u>	<u>1.017.954,79</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Wasserbezug Wahnbachtalsperrenverband	948.312,39	959.145,49
Materialbezug		
• Wasserzähler	30.423,02	16.898,28
• Material Hausanschlüsse	12.018,90	16.939,80
• Material Hauptrohrnetz	11.888,86	10.630,32
• Material Lagerhalle und Werkstatt	6.045,18	9.126,72
• Material Grundstücke und Hochbehälter	4.031,71	2.842,21
• Werkzeuge und Geräte	1.098,83	2.428,86
• Material Grundstücke und Gebäude	0,00	25,36
• Material Brunnen und Pumpen	0,00	685,81
• Sonstige Betriebsstoffe	<u>244,45</u>	<u>409,58</u>
	<u>65.750,95</u>	<u>59.986,94</u>
Skonti	-4.222,31	-4.530,98
Inventurdifferenz	<u>992,54</u>	<u>3.353,34</u>
	<u>1.010.833,57</u>	<u>1.017.954,79</u>

Zu Wasserbezug Wahnbachtalsperrenverband

Im Berichtsjahr wurden 1.469.218 cbm (Vorjahr: 1.508.235 cbm) Wasser bezogen. Der Wasserpreis betrug rd. 64 ct/cbm inklusive des zum 1. Februar 2004 durch den Landtag NRW eingeführten Wasserentnahmeentgeltes (Vorjahr: rd. 64 ct/cbm).

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	EUR	EUR
b) <u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	<u>180.034,89</u>	<u>184.033,12</u>
	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	EUR	EUR
Stromkosten	39.407,72	35.387,90
Fremdleistungen		
• Hauptrohrnetz	56.774,31	91.323,11
• Hausanschlüsse	<u>63.214,43</u>	<u>42.594,48</u>
	119.988,74	133.917,59
Grundstücke und Behälter	3.736,99	1.048,47
Ver- und Entsorgung Lagerhalle und Werkstatt	9.797,56	5.768,11
Wasseruntersuchungen	4.463,00	4.442,00
Grundstücke und Gebäude	2.378,12	1.852,39
Brunnen und Pumpen	262,76	1.468,46
Steuer-, Mess- und Elektroanlagen	<u>0,00</u>	<u>148,20</u>
	<u>180.034,89</u>	<u>184.033,12</u>

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
5. <u>Personalaufwand</u>	<u>553.244,00</u>	<u>514.603,17</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Löhne und Gehälter	429.318,09	398.420,88
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>123.925,91</u>	<u>116.182,29</u>
	<u>553.244,00</u>	<u>514.603,17</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
a) <u>Löhne und Gehälter</u>	<u>429.318,09</u>	<u>398.420,88</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
b) <u>Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung</u>	<u>123.925,91</u>	<u>116.182,29</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Gesetzliche soziale Aufwendungen	85.090,93	79.582,46
Beiträge zur Berufsgenossenschaft	5.700,72	5.323,72
Beiträge zur Zusatzversorgungskasse	<u>33.134,26</u>	<u>31.276,11</u>
	<u>123.925,91</u>	<u>116.182,29</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
6. <u>Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</u>	<u>408.329,94</u>	<u>393.162,79</u>

	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	EUR	EUR
7. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>	<u>258.922,35</u>	<u>253.204,95</u>
	<u>2011</u>	<u>2010</u>
	EUR	EUR
Verwaltungskostenbeitrag	67.172,00	70.652,00
Sachkosten ADV	51.060,99	47.677,13
Versicherungen	24.345,52	23.787,88
Kraftfahrzeugkosten	22.045,97	18.840,17
Prüfungsgebühren und Beratungskosten	11.091,00	17.860,00
Porto und Telefongebühren	15.752,70	17.833,49
Büromiete und Nebenkosten	15.060,52	18.113,33
Verbandsbeiträge	4.224,60	4.582,26
Nebenkosten des Geldverkehrs	4.259,01	4.063,58
Aufwendungen für Arbeiten für Dritte	0,00	8,26
Bürobedarf	2.052,41	3.674,59
Fortbildung, Reise- und Bewirtungskosten, Sitzungsgelder	2.543,45	2.339,93
Pacht	2.126,97	2.126,97
Bekanntmachungskosten	181,00	175,00
Übrige	7.683,29	4.261,34
Periodenfremde und neutrale Aufwendungen		
• Zuführung Einzelwertberichtigung	24.413,46	10.363,58
• Erstattung Wassergeld aus Vorjahren	4.843,68	6.843,93
• Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	26,38	1,51
• Sonstige periodenfremde Aufwendungen	<u>39,40</u>	<u>0,00</u>
	<u>29.322,92</u>	<u>17.209,02</u>
	<u>258.922,35</u>	<u>253.204,95</u>

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>	<u>870,02</u>	<u>41,19</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Kontokorrentzinsen	89,02	41,19
Aufzinsung gestundete Anschlussbeiträge	764,42	0,00
Stundungszinsen	<u>16,58</u>	<u>0,00</u>
	<u>870,02</u>	<u>41,19</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
9. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>	<u>129.076,58</u>	<u>139.444,52</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Darlehenszinsen	118.015,67	133.330,78
Kontokorrentzinsen	<u>11.060,91</u>	<u>6.113,74</u>
	<u>129.076,58</u>	<u>139.444,52</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
10. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	<u>133.522,26</u>	<u>141.239,79</u>

	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
11. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>	<u>40.217,00</u>	<u>42.785,12</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Körperschaftsteuer		
• Berichtsjahr	18.839,00	19.966,00
• Vorjahre	<u>0,00</u>	<u>-3,00</u>
	18.839,00	19.963,00
Solidaritätszuschlag		
• Berichtsjahr	1.036,00	1.098,00
• Vorjahre	<u>0,00</u>	<u>-0,88</u>
	1.036,00	1.097,12
Gewerbeertragsteuer		
• Berichtsjahr	20.342,00	21.771,00
• Vorjahre	<u>0,00</u>	<u>-46,00</u>
	<u>20.342,00</u>	<u>21.725,00</u>
	<u>40.217,00</u>	<u>42.785,12</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
12. <u>Sonstige Steuern</u>	<u>3.117,91</u>	<u>3.241,92</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
Kfz-Steuer	1.662,09	1.838,09
Grundsteuer	<u>1.455,82</u>	<u>1.403,83</u>
	<u>3.117,91</u>	<u>3.241,92</u>
	<u>2011</u> EUR	<u>2010</u> EUR
13. <u>Jahresgewinn</u>	<u>90.187,35</u>	<u>95.212,75</u>

Rechtliche und steuerrechtliche VerhältnisseI. Rechtliche Verhältnisse

1. Rechtsform: Eigenbetrieb (wirtschaftliches Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) der Stadt, der geführt wird nach den Vorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen, den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung (EigVO) für das Land Nordrhein-Westfalen sowie den Bestimmungen der Betriebssatzung.
2. Gegenstand des Eigenbetriebes: Versorgung der Bevölkerung mit Wasser.
3. Sitz: Rheinbach.
4. Wirtschaftsjahr: Kalenderjahr.
5. Stammkapital: EUR 1.099.277,54.

Das Stammkapital ist vollständig eingezahlt.
6. Betriebssatzung: Gültig in der Fassung vom 28. Januar 2010 (2. Änderungssatzung). Diese ist zum 1. März 2010 in Kraft getreten.
7. Handelsregisterauszug: Der Eigenbetrieb ist im Handelsregister des Amtsgerichts Bonn unter der Registernummer HRA 5142 eingetragen. Der aktuelle Auszug vom 26. September 2012 lag vor.

8. Betriebsleitung: Seit 1. Januar 2008 ist Herr Walter Kohlosser (Kämmerer der Stadt Rheinbach) Betriebsleiter; Stellvertreter ist Herr Peter Eich.
9. Betriebsausschuss: Der Betriebsausschuss besteht aus acht Ratsmitgliedern, vier sachkundigen Bürgern sowie zwei Beschäftigten des Wasserwerkes.
- Die Aufgaben des Betriebsausschusses ergeben sich aus § 4 der Betriebssatzung.
10. Wasserbezugsordnung: Die rechtlichen Beziehungen zu den Anschlussnehmern regelt die Satzung der Stadt Rheinbach über die öffentliche Wasserversorgung und den Anschluss an die öffentliche Wasserversorgungsanlage - Wasserbezugsordnung vom 15. Dezember 1981 -, mit der 1. Änderungssatzung vom 16. Juli 2002. Die an die Vorschriften der AVB Wasser angepasste Satzung trat am 1. Januar 1982 in Kraft.
11. Beitrags- und Gebührenordnung: Neben die Wasserbezugsordnung tritt die Beitrags- und Gebührenordnung vom 17. Juli 1970, zuletzt geändert durch die zehnte Änderungssatzung, in Kraft getreten am 17. Juli 1990.

12. Offenlegung des Vorjahres-
abschlusses:

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2010 wurde am 19. Dezember 2011 durch den Rat der Stadt Rheinbach festgestellt. Der abschließende Vermerk der Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen wurde am 24. Januar 2012 erteilt. Der Jahresabschluss wurde im amtlichen Mitteilungsblatt "Kultur und Gewerbe" Nr. 7, Juli 2012, der Stadt Rheinbach bekannt gemacht. Der Jahresabschluss 2010 kann bis zur Feststellung des Jahresabschlusses 2011 zu den Geschäftszeiten des Wasserwerkes eingesehen werden.

Übersicht über die veranlagten Entgelte 2008 - 2012

	2012	2011	2010	2009	2008
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Anschlussbeitrag je m ²	2,25	2,25	2,25	2,25	2,25
Grundgebühr Wasserzähler je Monat					
2,5 Qn	4,09	4,09	4,09	4,09	4,09
6,0 Qn	7,67	7,67	7,67	7,67	7,67
10,0 Qn	12,78	12,78	12,78	12,78	12,78
15 Qn/2,5 Qn	25,56	25,56	25,56	25,56	25,56
40 QN/2,5 Qn	38,35	38,35	38,35	38,35	38,35
60 Qn/6,0 Qn	53,69	53,69	53,69	53,69	53,69
150 Qn/10,0Qn	76,69	76,69	76,69	76,69	76,69
Standrohre					
Für den ersten Monat der Ausleihdauer					
täglich	1,02	1,02	1,02	1,02	1,02
Ab dem zweiten Monat bei nicht unterbrochener Ausleihdauer täglich	0,26	0,26	0,26	0,26	0,26
Verbrauch je m ³ Wasser	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38

Hinzuzurechnen ist die jeweilige gesetzliche Umsatzsteuer.

II. Steuerrechtliche Verhältnisse

1. Betriebsfinanzamt: Sankt Augustin,
Steuer-Nr.: 222/5726/0104.

2. Umsatzsteuer-
Identifikationsnummer: DE 123398287.

3. Letzte steuerliche Außen-
prüfung: Die letzte steuerliche Außenprüfung für Umsatz-,
Körperschaft- und Gewerbesteuer fand im März 1994
durch die Großbetriebsprüfungsstelle Köln I statt.

Die letzte Lohnsteuer Außenprüfung wurde durch das
Finanzamt Bonn-Innenstadt für die Jahre 2000 bis
2004 durchgeführt.

Zusammensetzung und Entwicklung der Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen und der empfangenen Ertragszuschüsse zum 31. Dezember 2011

	Zuführung		Abgang		Stand		Zuführung		Abgang		Stand		Buchwerte		
	Stand	Zuführung	Abgang	Stand	Zuführung	Abgang	Stand	Zuführung	Abgang	Stand	Zuführung	Abgang	Stand	Zuführung	Abgang
	1.1.2011	EUR	EUR	31.12.2011	EUR	EUR	1.1.2011	EUR	EUR	31.12.2011	EUR	EUR	31.12.2011	EUR	EUR
Empfangene Ertragszuschüsse															
1980 - 1991	1.537.962,77	0,00	0,00	1.537.962,77	0,00	0,00	1.537.962,26	0,00	0,00	1.537.962,26	0,00	0,00	1.537.962,26	10,51	10,51
1992	595.684,08	0,00	0,00	595.684,08	0,00	0,00	595.684,08	29.784,00	0,00	595.683,08	0,00	0,00	595.683,08	1,00	29.785,00
1993	155.979,09	0,00	0,00	155.979,09	0,00	0,00	140.380,09	7.799,00	0,00	148.179,09	0,00	0,00	148.179,09	7.800,00	15.599,00
1994	339.297,34	0,00	0,00	339.297,34	0,00	0,00	288.881,34	16.985,00	0,00	305.846,34	0,00	0,00	305.846,34	33.451,00	50.416,00
1995	174.798,35	0,00	0,00	174.798,35	0,00	0,00	139.840,35	8.740,00	0,00	148.580,35	0,00	0,00	148.580,35	26.218,00	34.958,00
1996	266.382,83	0,00	0,00	266.382,83	0,00	0,00	201.286,83	13.419,00	0,00	214.705,83	0,00	0,00	214.705,83	53.677,00	67.096,00
1997	156.820,54	0,00	0,00	156.820,54	0,00	0,00	109.774,54	7.841,00	0,00	117.615,54	0,00	0,00	117.615,54	39.205,00	47.046,00
1998	319.613,28	0,00	0,00	319.613,28	0,00	0,00	207.751,28	15.981,00	0,00	223.732,28	0,00	0,00	223.732,28	95.881,00	111.862,00
1999	326.892,01	0,00	0,00	326.892,01	0,00	0,00	196.139,01	16.345,00	0,00	212.484,01	0,00	0,00	212.484,01	114.408,00	130.753,00
2000	235.526,47	0,00	0,00	235.526,47	0,00	0,00	129.541,47	11.776,00	0,00	141.317,47	0,00	0,00	141.317,47	94.209,00	105.985,00
2001	106.278,01	0,00	0,00	106.278,01	0,00	0,00	53.140,01	5.314,00	0,00	58.454,01	0,00	0,00	58.454,01	47.824,00	53.138,00
2002	98.035,45	0,00	0,00	98.035,45	0,00	0,00	44.118,45	4.902,00	0,00	49.020,45	0,00	0,00	49.020,45	49.015,00	53.917,00
	4.315.270,22	0,00	0,00	4.315.270,22	0,00	0,00	3.614.704,71	138.866,00	0,00	3.753.570,71	0,00	0,00	3.753.570,71	561.699,51	700.565,51
Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen															
2007	86.008,49	0,00	0,00	86.008,49	0,00	0,00	12.292,49	3.986,00	0,00	16.278,49	0,00	0,00	16.278,49	69.730,00	73.716,00
2008	131.282,97	0,00	0,00	131.282,97	0,00	0,00	10.241,97	4.914,00	0,00	15.155,97	0,00	0,00	15.155,97	116.127,00	121.041,00
2009	180.757,94	0,00	0,00	180.757,94	0,00	0,00	7.534,94	6.953,00	0,00	14.487,94	0,00	0,00	14.487,94	166.270,00	173.223,00
2010	96.133,54	0,00	0,00	96.133,54	0,00	0,00	382,54	4.566,00	0,00	4.938,54	0,00	0,00	4.938,54	91.196,00	95.751,00
2011	0,00	131.422,91	0,00	131.422,91	0,00	0,00	0,00	507,91	0,00	507,91	0,00	0,00	507,91	130.915,00	0,00
	494.182,94	131.422,91	0,00	625.605,85	0,00	0,00	30.451,94	20.916,91	0,00	51.368,85	0,00	0,00	51.368,85	574.237,00	463.731,00
	4.809.453,16	131.422,91	0,00	4.940.876,07	0,00	0,00	3.645.156,65	159.782,91	0,00	3.804.939,56	0,00	0,00	3.804.939,56	1.135.936,51	1.164.296,51

Zusammensetzung und Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zum 31. Dezember 2011

Gläubiger	Stand 1.1.2011 EUR	Tilgung EUR	Stand 31.12.2011 EUR	Ursprüngl. Darlehenshöhe EUR	Auszahlungs- kurs %	Zinsen		Tilgung %	Zinsbindung
						%	EUR		
1. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955101	424.482,73	28.739,20	395.753,53	540.283,79	100	4,11	17.154,36	1,5% + e.Z.	30.06.2016
2. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274804	318.233,76	28.856,49	289.377,27	467.513,25	100	2,64	8.212,17	5,28% + e.Z.	30.12.2020
3. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274805	44.252,44	8.671,02	35.581,42	83.425,00	100	3,45	1.452,56	8,685% + e.Z.	31.12.2012
4. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274807	58.989,52	12.824,63	46.164,89	123.188,44	100	2,95	1.646,31	1,5% + e.Z.	30.12.2015
5. Westfälische Landschaft Bodenkreditbank, Münster Nr. 200955100	21.172,77	4.916,50	16.256,27	40.981,49	100	4,11	820,20	1,5% + e.Z.	30.03.2015
6. Kreissparkasse Köln Nr. 530012251	29.271,87	4.478,57	24.793,30	86.919,62	100	4,85	1.366,03	4,93% + e.Z.	15.12.2016
7. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274811	121.576,07	8.560,54	113.015,53	160.227,22	100	3,47	4.145,06	4,46% + e.Z.	30.12.2015
8. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274813	88.350,05	5.272,90	83.077,15	102.836,83	100	4,48	3.899,68	4,43% + e.Z.	30.12.2017
9. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274808	18.088,92	9.179,05	8.909,87	63.270,24	100	3,49	551,91	11,89% + e.Z.	31.12.2012
10. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274805	181.981,40	6.803,44	175.177,96	220.284,51	100	3,94	7.103,70	1,5% + e.Z.	30.11.2014
11. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274812	469.955,45	15.811,42	454.144,03	513.395,76	100	4,48	20.878,88	2,667% + e.Z.	30.12.2017
12. Deutsche Genossenschafts-Hypothekenbank AG, Hamburg Nr. 3023274803	136.950,55	29.771,74	107.178,81	319.138,58	100	4,25	5.507,40	6,805% + e.Z.	30.12.2013
13. Kreissparkasse Köln Nr. 530012707	340.384,65	18.314,58	322.070,07	448.673,20	100	4,36	14.643,30	2,986% + e.Z.	30.12.2013
14. Kreissparkasse Köln Nr. 6007846685	752.486,11	14.085,89	738.400,22	800.000,00	100	4,09	30.634,11	1,5% + e.Z.	30.12.2018
Summe	3.006.186,29	196.285,97	2.809.900,32	3.970.137,93			118.015,67		

Wasserwerk der Stadt Rheinbach, Rheinbach

IDW Prüfungsstandard:
Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG
(IDW PS 720)

Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung
und der wirtschaftlichen Verhältnisse

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan für die Stadt Rheinbach. In diesem sind auch die Aufgaben für die Betriebsleitung und die einzelnen Sachbearbeiter des Wasserwerkes geregelt. Die Zuständigkeiten für Betriebsleitung und Betriebsausschuss sind in der Betriebssatzung des Wasserwerkes geregelt. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Wasserwerkes.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?

In 2011 fanden drei Sitzungen des Betriebsausschusses statt. Der Stadtrat befasste sich im Berichtsjahr in einer Sitzung mit den Belangen des Wasserwerkes. Niederschriften über die Sitzungen wurden erstellt.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?

Der Betriebsleiter ist auskunftsgemäß in keinem weiteren Aufsichtsrat oder Kontrollgremium tätig.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Die Vergütungen für die Mitglieder der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses werden im Anhang angegeben. Erfolgsbezogene Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung bestehen nicht.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Es besteht ein Arbeits- und Geschäftsverteilungsplan der Stadt Rheinbach, in dem das Wasserwerk integriert ist.

Eine Überprüfung findet bei organisatorischen und wesentlichen personellen Änderungen innerhalb der Stadt Rheinbach statt.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Es besteht das Vier-Augen-Prinzip. Darüber hinaus werden vor der Vergabe von Liefer- und Dienstverträgen mit einem Wert über EUR 25.000,00 bzw. bei Vergabe von Bauleistungen über EUR 50.000,00 von der Vergabestelle der Stadt Rheinbach Anfragen an die Informationsstelle für Vergabeausschüsse beim Finanzministerium NRW gerichtet, ob Eintragungen hinsichtlich der Bieterin/des Bieters, die/der den Zuschlag erhalten soll, vorliegen.

Auftragsvergaben über EUR 26.000,00 bedürfen der Zustimmung des Betriebsausschusses.

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?

Anweisungen bezüglich Auftragsvergaben und Stundung/Niederschlagung von Forderungen bestehen im Rahmen der Betriebssatzung. Daneben bestehen diverse Dienstanweisungen, u.a. eine "Vergabeordnung" der Stadt Rheinbach, an die das Wasserwerk gebunden ist.

Anhaltspunkte, dass diese nicht eingehalten werden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- e) Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?

Es existiert eine ordnungsgemäße Ablage, die einen schnellen Zugriff ermöglicht.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten den Bedürfnissen des Unternehmens?

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen des Eigenbetriebes.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?

Es werden Quartalsberichte erstellt, die dem Betriebsausschuss vorgelegt werden.

- c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen entspricht der Größe und den Anforderungen des Wasserwerkes. Eine Kostenrechnung besteht nicht. Eine Nachkalkulation der Wasserpreise erfolgt nicht. Als relevante Entscheidungsgröße für die Gebührengestaltung dient das Jahresergebnis.

- d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Die Überwachung der Liquidität obliegt den Mitarbeitern der Buchhaltung. Kredite werden vertragsgemäß getilgt.

- e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Nicht anwendbar.

- f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Entgelte aus Wasserlieferungen werden jährlich, auf Grundlage der Ablesung, abgerechnet. Daneben werden, jeweils im Abstand von vier Monaten, Abschläge in Höhe des Vorjahresverbrauches fällig. Großkunden werden monatlich abgelesen und abgerechnet.

Die übrigen Leistungen, wie z.B. die Herstellung von Hausanschlüssen, werden ebenfalls zeitnah abgerechnet.

- g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Ein Controlling als eigenständige Stelle ist nicht eingerichtet und aufgrund der Größe des Wasserwerkes entbehrlich.

Es erfolgen im Rahmen der Quartalsberichte an den Betriebsausschuss regelmäßige Mitteilungen über die Entwicklung innerhalb des Wasserwerkes.

- h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Es bestehen weder Tochterunternehmen, noch Unternehmen mit einer wesentlichen Beteiligung.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?

Ein eigenständiges Risikofrüherkennungssystem besteht aufgrund der im Zeitablauf gleichbleibenden Tätigkeit (Wasserversorgung) nicht. Seitens der Betriebsleitung wurden diverse Einzelmaßnahmen ergriffen, um die Entwicklung des Wasserwerkes laufend zu beobachten und dabei auch mögliche bestandsgefährdende Risiken frühzeitig zu erkennen.

So besteht z.B. ein Maßnahmenplan für die Wasserversorgung der Stadt Rheinbach, der bei eventuell auftretenden Notsituationen der Wasserversorgung eine reibungslose, zügige Kommunikation zwischen den verantwortlichen Stellen gewährleisten soll. Die Entwicklung des Wasserabsatzes kann anhand der Netzeinspeisung und der monatlich erstellten Rechnungen der Vorlieferanten überwacht werden.

Von kaufmännischer Seite werden die Planzahlen mit den Istzahlen regelmäßig verglichen. Seitens der Betriebsleitung erfolgen Quartalsberichte an den Betriebsausschuss.

- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?

Die Maßnahmen reichen aus, um den Zweck der rechtzeitigen Erkennung von Risiken zu erfüllen. Anhaltspunkte, dass Maßnahmen nicht durchgeführt wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?

Ja.

- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?

Aufgrund der gleichbleibenden Geschäftstätigkeit (Wasserversorgung) ist eine kontinuierliche und systematische Abstimmung der Frühwarnsignale entbehrlich. Bei Bedarf erfolgt jedoch eine Fortschreibung der Dokumentation.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:

- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
- Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?
- Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
- Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Entfällt.

b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?

Entfällt.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

- Erfassung der Geschäfte
- Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
- Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
- Kontrolle der Geschäfte?

Entfällt.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Entfällt.

- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Entfällt.

- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Entfällt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?

Eine interne Revision als eigenständige Stelle besteht nicht.

- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?

Siehe a).

- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?

Siehe a).

- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?

Siehe a).

- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?

Siehe a).

- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Siehe a).

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Kredite an Mitglieder der Betriebsleitung oder des Betriebsausschusses wurden nicht gewährt.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Im Rahmen des Wirtschaftsplans erfolgt eine mittelfristige Investitionsplanung, deren Ergebnisse in dem Erfolgs- und Vermögensplan berücksichtigt werden.

Eine Überprüfung auf Rentabilität bzw. Wirtschaftlichkeit ist im Falle defekter Leitungen nicht immer zweckmäßig, da die Versorgungssicherheit gewährleistet sein muss.

- b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Vor der Durchführung von Investitionen werden alternative Vergleichsangebote eingeholt.

- c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Es erfolgt eine globale Überwachung im Rahmen des Soll-Ist-Vergleichs. Die Ergebnisse werden in den Gremiensitzungen besprochen.

- d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben?
Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Bei einzelnen Maßnahmen haben sich gegenüber den Planansätzen Überschreitungen ergeben; insgesamt wurden die Planansätze jedoch nicht ausgeschöpft.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Im Rahmen unserer Jahresabschlussprüfung haben sich keine Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen ergeben.

- b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Es erfolgte eine Ausschreibung sämtlicher Bauarbeiten. Für andere Geschäfte, wie z.B. die Kreditaufnahme, werden Konkurrenzangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Seitens der Betriebsleitung erfolgt eine Berichterstattung an den Betriebsausschuss in den entsprechenden - protokollierten - Sitzungen.

- b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?

Die Berichte vermitteln einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Wasserwerkes.

- c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Das Überwachungsorgan (Betriebsausschuss) wird zeitnah informiert. Ungewöhnliche und risikoreiche Geschäftsvorfälle sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

- d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Derartige Themen waren im Berichtsjahr nicht gegeben.

- e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nein, derartige Anhaltspunkte haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Nein, eine D&O-Versicherung besteht nicht.

- g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Derartige Interessenkonflikte sind uns im Rahmen unserer Prüfung nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nein.

- b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Ohne Sachverständigengutachten sind evtl. stille Reserven im Grundbesitz nicht zu beurteilen, im Übrigen sind keine stillen Reserven ersichtlich.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?

Das Anlagevermögen ist zu 89 % durch Eigenkapital und eigenkapitalähnliche Posten sowie langfristiges Fremdkapital gedeckt. Wesentliche Investitionsverpflichtungen bestanden am Abschlussstichtag nicht.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?

Entfällt.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?

Das Wasserwerk hat im Berichtsjahr weder Finanz-/Fördermittel noch Garantien der öffentlichen Hand erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?

Es bestehen keine Finanzierungsprobleme aus der Eigenkapitalausstattung.

- b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Der Jahresgewinn des Wirtschaftsjahres soll vorgetragen werden. Dies ist mit der wirtschaftlichen Lage vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Es bestehen keine Segmente.

- b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Nein.

- c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Anhaltspunkte, dass Leistungsbeziehungen zur Stadt Rheinbach zu unangemessenen Konditionen vorgenommen wurden, haben sich im Rahmen der Prüfung nicht ergeben.

- d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Nein.

- b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Entfällt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Entfällt.

- b) Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Durch die kontinuierliche technische Überwachung des Leitungsnetzes sollen Rohrbrüche schnell erkannt und behoben werden. Im Berichtsjahr konnte der reale Wasserverlust auf 1,2 % (Vorjahr: 5,9 %) gesenkt werden.

Gebührenanpassungen sind zurzeit nicht vorgesehen.